



ROT: HEUTE

AUSGABE NR. 1 2023 | BILANZ

WWW.SP-D-FRAKTION-BREMEN.DE



VOLLER EINSATZ FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

DIE SPD-BÜRGERCHAFTSFRAKTION ZIEHT BILANZ

INHALT

SEITE 04: INNERES

SEITE 05: 10-MINUTEN-STADT

SEITEN 06 & 07: HAUSHALT & FINANZEN

SEITEN 08 & 09: SOZIALES & INTEGRATION

SEITEN 10 & 11: KINDER & BILDUNG

SEITEN 12 & 13 : WIRTSCHAFT & HÄFEN

SEITE 14: WISSENSCHAFT

SEITE 15: ARBEIT

SEITE 16: UMWELT, KLIMA & TIERSCHUTZ

SEITE 17: GESUNDHEIT

SEITE 18: VERKEHR

SEITE 19: BAU & STADTENTWICKLUNG

SEITE 20: GLEICHSTELLUNG, LGBTQIA+,
BEIRÄTE & BÜRGERBETEILIGUNG

SEITE 21: KULTUR

SEITE 22: SPORT

SEITE 23: EIN RÜCKBLICK IN BILDERN

SEITE 24: FRAKTION IM NETZ
SO ERREICHEN SIE UNS

„WIR HABEN DAS GANZE IM BLICK!“

Die Wahlperiode neigt sich dem Ende zu – und viel ist passiert in den vergangenen vier Jahren. Im Interview berichtet der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör, was in dieser Zeit die wichtigsten Themen und die größten Herausforderungen waren. Er erklärt, wie diese Herausforderungen gemeistert werden konnten, spricht über Krisenbewältigung, gesellschaftlichen Zusammenhalt – und wirft einen Blick in die Zukunft.

Herr Güngör, die Amtsperiode des Parlaments neigt sich dem Ende zu. Am 14. Mai ist Bürgerschaftswahl. Welche Themen waren in den letzten vier Jahren in Bremen und Bremerhaven tonangebend?

Mustafa Güngör: Ich sag mal, es war eine Art Dreiklang: Das erste – und das stand im Vordergrund – war schlicht Krisenmanagement. Damit hing zweitens zusammen, die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu halten und damit den Zusammenhalt zu fördern. Und drittens haben die verschiedenen Krisen wie ein Katalysator dazu geführt, dass wir die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Land noch beherzter anpacken müssen.

Dann fangen wir mal mit dem ersten an: Inwiefern Krisenmanagement?

Stichwort: Corona-Pandemie. Sie hat unser aller Leben bestimmt. Ich bin froh, dass wir in Bremen bundesweit „Weltmeister“ waren, was Test- und Impfangebote in den Stadtteilen betrifft. Andreas Bovenschulte hat hier als Bürgermeister und Präsident des Senats einen klaren Kurs gefahren. Und mit dem so genannten Bremen-Fonds in Höhe von 1,2 Milliarden Euro haben wir gemeinsam akute Krisenbewältigung betrieben – in vielfältiger Hinsicht, wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch.

Gibt's ein konkretes Beispiel?

Wir haben als SPD-Fraktion beispielsweise die neue FreiKarte durchgesetzt. Damit bekommen alle Kinder und Jugendliche bis 18 jedes Jahr 60 Euro für Bildungs- und Freizeitangebote im Land zur eigenen Verfügung – und zwar für öffentliche wie kommerzielle Einrichtungen. Das kommt nach der Corona-Pandemie wie gerufen und gibt es so nirgendwo sonst in Deutschland. Darauf bin ich wirklich stolz. Das Gleiche gilt übrigens für die digitale Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit iPads.

Lebensqualität und Zusammenhalt vor Ort

Und was hat es mit der Lebensqualität vor Ort auf sich? Durch die Pandemie hat sich doch das Konsum- und Mobilitätsverhalten der Menschen stark geändert.

Deshalb hat sich unsere Fraktion ein neues Leitbild für die Stadtentwicklung auf die Fahnen geschrieben: Die 10-Minuten-Stadt. Alle Einrichtungen des öffentlichen Bedarfs sollen innerhalb von zehn Minuten zu Fuß erreichbar sein – von der Haltestelle im Nahverkehr über den Supermarkt, die Grundschule und den Pflegedienst bis hin zum Hausarzt.

Das ist ein Konzept, das europaweit immer mehr Schule macht. Damit bringen wir die Stadtteilorientierung in Bremen und Bremerhaven auf ein neues Niveau und stärken den sozialen Zusammenhalt vor Ort. Und das setzen wir Schritt für Schritt und mit langem Atem um.

Corona liegt nun – hoffentlich – langsam, aber sicher hinter uns. Welche Herausforderungen liegen vor uns?

Wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit sich überlappenden Krisen. Der Klimawandel schreitet weiter voran – und seit einem Jahr befinden wir uns durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine in einer fundamentalen Zeitenwende, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz so treffend gesagt hat. Das betrifft unmittelbar auch die Menschen in Bremen und Bremerhaven, für nicht wenige geht es dabei ans Eingemachte. Deshalb haben wir nach dem Bremen-Fonds nun einen weiteren Krisenfonds in Höhe von drei Milliarden Euro eingerichtet, mit dem wir einerseits die Kriegsfolgen bewältigen und andererseits den Klimaschutz mit konkreten Maßnahmen vorantreiben wollen.

Um welche Maßnahmen geht es?

Neben der energetischen Sanierung von Gebäuden und dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs geht es vor allem darum, unsere Industriegesellschaft klimaneutral umzubauen. Ein Beispiel: Unser Stahlwerk verursacht sage und schreibe die Hälfte aller Treibhausgase in Bremen. Bis Anfang der 30er Jahre wollen wir die Hütte mittels Wasserstoff schrittweise auf „grünen Stahl“ umstellen. Das ist gut fürs Klima und sichert gleichzeitig Arbeitsplätze. Diese Transformation unserer Industrie kostet aber dreistellige Millionenbeträge.

Zukunftsinvestitionen statt Kaputtspareerei

Gut und schön – und wie soll das alles auf Dauer finanziert werden?

Da müssen wir Tacheles reden. Was ist denn wichtiger: Die „schwarze Null“ im Haushalt – oder sanierte Schulen, eine fortschrittliche Infrastruktur, krisensichere Jobs und der Kampf gegen den Klimawandel? Wenn wir über Generationengerechtigkeit reden, muss es doch um Investitionen in die Zukunft gehen – und nicht um Kaputtspareerei. Für uns ist klar: Wir haben das Ganze im Blick.

Was bedeutet das denn konkret?

Es ist schon mal gut, dass wir von Bremen aus – gegen den Widerstand der Konservativen – die Übergewinnsteuer für Energiekonzerne durchgesetzt haben, also die Abschöpfung von unverdienten Krisengewinnen im Zuge des Ukraine-Kriegs. Was wir jetzt ebenfalls brauchen, ist ein Klima-Soli für Spitzenverdiener, das ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit! Und perspektivisch kommen wir nach meiner Überzeugung auch um eine Überwindung der so genannten Schuldenbremse nicht herum, im Bund wie im Land. Die ist doch völlig aus der Zeit gefallen.



Mustafa Güngör,
Vorsitzender der
SPD-Fraktion

GÜNSTIGE MOBILITÄT FÜR ALLE SICHERN

Das 9-Euro-Ticket, das auf Bundesebene für drei Monate eingeführt wurde, war ein voller Erfolg. Es sollte zweierlei leisten: die Menschen angesichts steigender Lebenshaltungskosten entlasten und den Öffentlichen Personennahverkehr stärken. Beides ist gelungen. Doch nicht zuletzt da die Preise – vor allem für Energie – im Herbst weiter so rasant stiegen, dass sie für viele Menschen kaum oder schon nicht mehr zu bezahlen waren, hatte die SPD-Fraktion schon früh einen Beschluss gefasst, wie es nach dem Ende der drei Monate mit dem ÖPNV weitergehen könnte. Der Vorschlag, den die Bremer Sozialdemokraten in die bundesweite Debatte einbrachten: Als Übergangslösung sollte ein bundesweit einheitliches 365-Euro-Jahresticket eingeführt werden, das – analog zum 9-Euro-Ticket – auf allen ÖPNV-Strecken genutzt werden kann. Das Jahresticket war dabei bewusst gewählt, um eine möglichst hohe Planungssicherheit für die öffentliche Hand zu schaffen. Kinder unter 14 Jahren sollten dabei gratis fahren. Auf Bundesebene fiel dann der Beschluss, ein Ticket mit bundesweiter Gültigkeit zum Preis von 49 Euro auf den Weg zu bringen. Auch dies ist eine gute Nachricht, denn auch und vor allem die Mittelschicht wird auf diese Weise spürbar entlastet. Und die SPD-Fraktion ist überzeugt: Ein günstiger Nahverkehr ist sinnvoll – verkehrspolitisch, klimapolitisch und vor allem sozialpolitisch. Wir wollen Mobilität für alle! Ein Deutschlandticket für 49 Euro würde aber eine Preiserhöhung für diejenigen bedeuten, die derzeit ein Jugendticket für 30 Euro oder ein Stadtticket für 25 Euro im Monat nutzen. Und gerade für diese Nutzergruppen wäre eine solche Erhöhung angesichts des knappen Budgets oft nicht leistbar. Daher hat die SPD-Fraktion nun eine Prüfung veranlasst, welche Kosten auf das Land zukämen, wenn für diese Gruppen ein Sozialticket für 29 Euro finanziert würde – damit auch diese Zielgruppe von dem bundesweit gültigen Angebot profitieren kann.



„Wir stehen für sichere und saubere Städte Bremen und Bremerhaven. Und das bedeutet eben auch: Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Polizist:innen und Mitarbeitenden im Ordnungsdienst. Deswegen haben wir zusätzliche Stellen geschaffen und sorgen dafür, dass sie in den Quartieren präsent sind – damit die Menschen im Land Bremen sich sicher fühlen können – überall.“

Kevin Lenkeit
Sprecher für Innenpolitik



„Unsere Polizeibeamt:innen brauchen auch eine gute Ausstattung. Deswegen haben wir sie mit Bodycams ausgerüstet. Und deswegen haben wir durchgesetzt, dass sie wenigstens in Bremerhaven auf den Taser als Waffe zurückgreifen können. Unser Ziel bleibt: Den Taser-Einsatz auf das ganze Land ausweiten – und überall die Digitalisierung voranbringen.“

Holger Welt
Sprecher für Datenschutz und Informationsfreiheit



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/inneres

FÜR MEHR SICHERHEIT UND SAUBERKEIT IN BREMEN UND BREMERHAVEN

Wir stehen für sichere und saubere Städte Bremen und Bremerhaven. Denn wir wollen, dass sich alle Bremer:innen und Bremerhavener:innen überall in unserem Bundesland sicher und wohl fühlen. Deswegen sorgen wir für mehr Personal – und statten es besser aus.

Mehr Polizist:innen für Bremen und Bremerhaven: Dieses Ziel haben wir als SPD-Fraktion auch in den vergangenen Jahren entschieden weiterverfolgt. Deswegen haben wir die Zielzahlen – also die angestrebte Zahl an Vollzeitstellen – noch einmal erhöht: auf 2900 in Bremen und auf 520 in Bremerhaven. Und damit diese Zahl auch schnell erreicht werden kann, haben wir die Zahl der Ausbildungsstellen massiv aufgestockt. So haben wir im Jahr 2020 die zuvor erhöhten Kapazitäten mit 200 Anwärter:innen gehalten und im Jahr darauf sogar noch eine Schippe drauf gelegt: Insgesamt 225 neue Bewerber:innen haben ihre Ausbildung bei der Polizei begonnen – ein Rekordjahrgang, den es in dieser Größe in unserem Bundesland noch nie gegeben hat. Im Haushalt haben wir uns für die Zukunft für eine weitere Erhöhung der Neueinstellungen eingesetzt. Dort konnten wir auch erreichen, dass fünf zusätzliche Bewerber:innen für die Ortschaftspolizeibehörde Bremerhaven eingesetzt werden.

Wir haben das Personal für den Ordnungsdienst deutlich aufgestockt. In den Haushaltsberatungen für die Jahre 2020 und 2021 haben wir uns dabei erfolgreich für zusätzliche Mittel eingesetzt, sodass das Personal insgesamt verdoppelt werden konnte. Eine weitere Aufstockung um zehn Stellen folgte im Haushalt 2022/2023. Dabei ist uns eines besonders wichtig: Wir wollen, dass dieses Geld konkret in den Stadtteilen ankommt. In einem ersten Schritt wurde insbesondere die Abdeckung in Huchting, Obervieland, Osterholz, Blumenthal und der Neustadt verbessert. In einem zweiten Schritt haben wir die Mittel bereitgestellt, damit im Bremer Osten und in Bremen-Nord Außenstellen des Ordnungsdienstes eingerichtet werden können. Dies wollen wir perspektivisch auf weitere Stadtteile ausweiten, damit der Ordnungsdienst dort nicht nur präsent ist, wenn er gerufen wird, sondern auch proaktiv vorgehen kann.

Kurze Wege zur Anzeige: Dazu kann die Möglichkeit, eine Strafanzeige online aufzugeben, einen Beitrag leisten. Im

Rahmen unseres Konzeptes zur 10-Minuten-Stadt haben wir daher auch einen Antrag auf den Weg gebracht, der eine deutliche Ausweitung der Delikte vorsieht, die auf diesem Wege zur Anzeige gebracht werden können. Diese Möglichkeit wird in Bremen und Bremerhaven nun ausgeweitet.

Polizeibeamt:innen brauchen eine gute und moderne Ausrüstung für ihre Einsätze. Hier konnten wir Verbesserungen erreichen. Bodycams, also Kameras, die Polizeibeamte direkt am Körper tragen, schrecken potenzielle Täter ab und schützen die Beamten im Dienst vor Angriffen. Sie haben sich seit ihrer Einführung als

weiteres Einsatzmittel bewährt. Daher haben wir uns im Haushalt für eine weitere Anschaffung eingesetzt, sodass zukünftig alle Polizist:innen im Land Bremen mit Bodycams ausgerüstet sind. In Bremerhaven können die Beamt:innen zudem auch weiterhin auf Taser im Einsatz zurückgreifen. Und für uns ist klar: Perspektivisch sollten alle Polizist:innen in unserem Bundesland diese Waffe nutzen können.

Auch die Feuerwehren haben wir gestärkt – und finanziell besser ausgestattet.

Wir haben zusätzliches Geld bereitgestellt, um den Investitionsstau bei der Bremer Feuerwehr abzubauen. Davon haben insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren profitiert. Auch das laufende Budget der Feuerwehr haben wir um eine Million Euro aufgestockt – und drei Millionen Euro für neue Fahrzeuge bereitgestellt. Auch die Jugendfeuerwehren haben eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten.

Wir wollen eine bürgernahe Polizei. Deswegen haben wir die Zahl der Kontaktpolizist:innen deutlich erhöht. Denn sie leisten in den Quartieren eine unschätzbare direkte Betreuung und Präventionsarbeit. Und deswegen haben wir ein neues Polizeigesetz verabschiedet, das einen gut ausbalancierten Mittelweg zwischen Freiheitsrechten der Bürger:innen und Eingriffsmöglichkeiten der Polizeibeamt:innen findet.



UNSER LEITBILD: DIE 10-MINUTEN-STADT

UNSERE 10-MINUTEN-STADT.

Dafür **RENNEN** wir.
Dafür **Bremen** wir!

10-minuten-stadt.de

ZUM PFLEGEPROFI IN ZACKIGEN 7 MINUTEN!

Dafür **RENNEN** wir.
Dafür **Bremen** wir!

10-minuten-stadt.de

KNAPP 4 MINUTEN ZUM JUNGEN GEMÜSE!

Dafür **RENNEN** wir.
Dafür **Bremen** wir!

10-minuten-stadt.de

In 10 Minuten alles erreichen, was man für das alltägliche Leben braucht: Das ist das Ziel, das die SPD-Fraktion auf einer Klausur im Oktober 2021 für Bremen und Bremerhaven formuliert hat. Dort hat sie das Konzept der 10-Minuten-Stadt entwickelt und mit einer ganzen Reihe von Anträgen unterfüttert, von denen viele inzwischen von der Bürgerschaft verabschiedet worden sind.



Kurze Wege machen unser aller Leben besser. Deswegen haben wir als SPD-Fraktion auf einer Klausur im Oktober 2021 das Leitbild der 10-Minuten-Stadt für Bremen und Bremerhaven entwickelt. Damit verfolgen wir einen quartiersbezogenen und sozialen Ansatz zur Gestaltung des öffentlichen Raumes in unserem ganzen Bundesland und wollen in Sachen Stadtentwicklung zum Vorreiter in Deutschland werden.

Das Konzept der 10-Minuten-Stadt knüpft dabei nahtlos an unseren seit Beginn der Legislatur verfolgten Schwerpunkt „Lebenswerte und lebendige Quartiere“ an und passt perfekt ins Schema der räumlichen Begebenheiten unserer beiden Städte der „kurzen Wege“.

Für die Menschen stellt ihr Quartier einen wichtigen Ausgangspunkt für Teilhabe und Engagement dar: Es ist der Ort, an dem sie ihr Leben leben. Das zentrale Ziel sozialer Quartierspolitik besteht darin, allen Menschen – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft und Gesundheitszustand – den Zugang zu den wichtigen

Einrichtungen des täglichen Lebens zu ermöglichen, damit diese in ihrem Alltag die bestmögliche Unterstützung finden. So werden Quartiere entwickelt, die Identität stiften.

Dementsprechend haben wir auf unserer Klausur ein konkretes Bündel an Anträgen beschlossen, mit dem das Ziel der 10-Minuten-Stadt angegangen wird. Sie nehmen eine gute Pflegeinfrastruktur ebenso in den Blick wie die Erreichbarkeit von Haus- und Kinderärzt:innen innerhalb von zehn Minuten vom Wohnort. Eine zentrale Rolle spielen außerdem die Verbesserung der Nahversorgung und der Ausbau des ÖPNV, sodass die Menschen in ihrer direkten Nachbarschaft alles für den täglichen Bedarf erhalten und mit dem öffentlichen Nahverkehr verbunden sind – wobei auch App-basierte Ride-sharing-Angebote einen Beitrag leisten können. Kultur- und Sportangebote sollen noch mehr vor Ort in den Quartieren angeboten werden. Bildungs- und Beratungsangebote sollen besser verbunden und auf kurzem Weg erreichbar sein. Die SPD-Fraktion nimmt darüber hinaus den Bereich Arbeit – etwa mit einem Antrag zu Expressbuslinien – ebenso in den Blick wie die Digitalisierung der Polizei. Und ganz grundsätzlich die Stadtentwicklung: So sollen neue Orte der sogenannten Produktiven Stadt geschaffen werden, ebenso wie Quartiersplätze als Räume der Begegnung in der Nachbarschaft.



Jeder und jede in Bremen und Bremerhaven soll zudem innerhalb von zehn Minuten öffentliche Grün-, Spiel- oder Sportflächen erreichen können.

Ziel war es dabei von Beginn an auch, mit den Bürger:innen über das neue Leitbild dauerhaft und nachhaltig ins Gespräch zu kommen, soweit dies die Corona-Pandemie zuließ. Deswegen haben wir unser Leitbild mit einer großen Kampagne der Öffentlichkeit vorgestellt. Und vor allem: Deshalb haben wir die Menschen in den Quartieren zu Veranstaltungen eingeladen, um direkt mit ihnen zu sprechen und ihre Anregungen aufzunehmen. Häufig genannte Themen waren dabei eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie eine bessere Versorgung mit Bankfilialen und in den zentrumsferneren Stadtteilen auch mit Ärzten. Anregungen, die wir, zum Beispiel mit unserer Forderung nach einem Sparkassenbus bereits aufgenommen haben. Und für uns ist klar: Wir bleiben dran – um gemeinsam mit den Menschen unsere beiden Städte zu Städten der kurzen Wege weiterzuentwickeln.

HAUSHALTE MIT KLAREN SCHWERPUNKTEN – TROTZ SCHWIERIGER ZEITEN

Erst die Corona-Pandemie, die Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung notwendig waren, und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die sie nach sich zog. Dann der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – und eine rasant steigende Inflation und dramatisch steigende Energiepreise. Es waren in der Haushaltspolitik schwierige Jahre, die geprägt waren durch multiple Krisen. Dennoch ist es uns als SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern gelungen, Haushalte mit klaren Schwerpunkten aufzustellen, die wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag aufnehmen.

2020 sollte haushaltspolitisch ein Wendepunkt werden. Denn seit diesem Jahr gilt die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Und so wurde der Haushalt auch geplant: verfassungskonform, also ohne neue Schulden, aber dennoch mit klaren Schwerpunkten, die wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag aufgenommen haben. Doch dann kamen die Corona-Pandemie, die Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung notwendig waren und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die sie nach sich zog. Und im Jahr 2022 folgte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und in der Folge Inflation und steigende Energiepreise. Für uns stand und steht fest: Die Folgen dieser Krisen können wir nicht aus den regulären Haushalten auffangen. Deswegen haben wir von der Regelung Gebrauch gemacht, die Ausnahmen von der Schuldenbremse erlaubt, und spezielle Fonds aufgelegt (siehe Seite 7).

Schwerpunkt: Sozialer Zusammenhalt

Wir haben mit den Doppelhaushalten für die Jahre 2020/2021 sowie 2022/2023 einen klaren Schwerpunkt gesetzt: Uns ist der soziale Zusammenhalt in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven besonders wichtig. Und dabei gilt für uns: Wir messen den Haushalt daran, was bei den Menschen ankommt. Deswegen haben wir gezielt die Quartiere gestärkt. So haben wir zum Beispiel 5 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für ein besseres Zusammenleben in den Stadtteilen und Quartieren bereitgestellt, etwa im

Bereich „Wohnen in Nachbarschaften“ oder der Offenen Jugendarbeit. Wir haben das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ etabliert. Wir haben die Mittel für ältere Menschen und präventive Gesundheitspolitik aufgestockt. Wir haben



die Mittel im Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ aufgestockt und auch hier gezielt die Quartiere in den Blick genommen, damit sie zu Orten werden, in denen Menschen sich gern aufhalten. Wir tun eben nicht nur das, was in den Sozialgesetzbüchern vorgeschrieben ist, wir tun mehr – und haben dies gerade in den Haushaltsberatungen mit unseren Koalitionspartnern getan. Dort haben wir zum Beispiel beschlossen, dass die Pflege in den Quartieren gestärkt werden soll. Und

dort haben wir – auf unsere Initiative hin – auch eine der größten Errungenschaften auf den Weg gebracht: Die Freikarte mit einem Guthaben von 60 Euro im Jahr für alle unter 18 Jahren.

Starke Bildung, starke Wirtschaft

Der Bereich Kinder und Bildung war, ist und bleibt für uns ein klarer Schwerpunkt – und das zeigt sich auch im Haushalt. Wir haben die Ausgaben hier massiv gesteigert, er hat die meisten zusätzlichen Mittel erhalten und ist mit 1,2 Milliarden Euro im Jahr der mit Abstand größte Einzeletat. Denn wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben – unabhängig von ihrem Elternhaus. Deswegen investieren wir hier in die Zukunft.

Investitionen in die Zukunft: Das sind auch Investitionen in die Wirtschaft, sodass Arbeitsplätze erhalten werden und neue Arbeitsplätze entstehen können. Das sind Investitionen in eine sozial gerechte und ökologisch effektive Klimaschutzpolitik. Das sind Investitionen in die Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, es sind Investitionen in die Polizei und in die Infrastruktur unserer Städte. Und all dies haben wir mit unseren Haushalten geleistet, und es ist uns gelungen – trotz der schwierigen Zeit und der vielen Herausforderungen, im Haushalt für die Jahre 2022/2023 in keinem Bereich zu kürzen. Als SPD-Fraktion halten wir Kurs in der Haushaltspolitik, und das heißt: verantwortungsvoll, vernünftig, verlässlich und vorwärtsgewandt!

1,2 MILLIARDEN EURO GEGEN DIE CORONAKRISE

Die Corona-Pandemie kam plötzlich – und sie hatte gravierende Auswirkungen. Kontaktbeschränkungen, Lockdowns, Schließungen etwa in der Gastronomie und von Freizeiteinrichtungen. Aber auch: Distanzunterricht mit Folgen für die schulische und persönliche Entwicklung vieler Kinder.

Für uns als SPD-Fraktion stand fest: Wir müssen die Menschen, Unternehmen und Institutionen in dieser Krise unterstützen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen können wir nicht aus dem regulären Haushalt – sozusagen „nebenbei“ – auffangen. Deswegen haben wir in der Bürgerschaft beschlossen, dass eine Notsituation vorliegt, die zusätzliche Kreditaufnahmen erforderlich macht – eine Ausnahmeregelung, die die Landesverfassung bei der Schuldenbremse vorsieht. Dadurch wurde es möglich, den Bremen-Fonds aufzulegen, der mit einem Volumen von 1,2 Milliarden Euro die Folgen der Krise abmildern und Bremen und Bremerhaven für die Zeit danach krisenfest aufstellen soll.

Und der Bremen-Fonds hat seinen Zweck erfüllt. Durch ihn konnten Mindereinnahmen bei den Steuern aufgefangen werden. Es konnten öffentliche Unternehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge gestützt werden, sodass im Haushalt nicht an anderer Stelle ein großer, dringend benötigter Betrag eingespart werden musste und die grundlegende Versorgung für die Bevölkerung nicht gefährdet war.

3 MILLIARDEN EURO FÜR KRIEGSFOLGEN UND KLIMASCHUTZ

Drei Milliarden Euro – das ist das Volumen eines Krisenfonds, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern Ende 2022 auf den Weg gebracht hat – 500 Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie bis zu 2,5 Milliarden Euro für Investitionen in den Klimaschutz bis zum Jahr 2027.

Es ist eine Situation, in der sich mehrere Krisen überlappen und zum Teil miteinander verbunden sind: Die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher, die Folgen der Corona-Pandemie werden immer klarer, zum Beispiel im Bildungsbereich. Und der Angriff auf die Ukraine führt in Deutschland zu heftig steigenden Energiepreisen – und auch alles andere wird teurer. Damit stehen wir in Bremen und in ganz Deutschland vor riesigen Herausforderungen. Als SPD-Fraktion sind wir überzeugt: Diese historisch einmaligen Herausforderungen erfordern auch Investitionen in historisch einmaliger Höhe.

Dafür legen wir ein Programm in Höhe von bis zu drei Milliarden Euro auf. Dafür müssen und werden wir neue Schulden machen – und können dies nach unserer festen Überzeugung auch im Rahmen der Schuldenbremse, da sowohl der Krieg in der Ukraine und Angriff auf unsere Ener-



Mit dem Bremen-Fonds konnten wir aber auch ganz konkret den Menschen helfen: Durch Hilfsprogramme für Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen. Durch die Anschaffung kostenloser Tablets für alle Kinder, Jugendlichen und Lehrkräfte. Durch Investitionen in den Gesundheitsbereich, einen Rettungsschirm für den ÖPNV oder den Neustart der Kultur. Durch Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, Lernrückstände aufzuholen und auch für sie die Pandemiefolgen abzumildern. Und durch Investitionen in wirtschaftliche Zukunftsfelder – damit Bremen und Bremerhaven gestärkt aus der Krise hervorgehen.

gieversorgung als auch der Klimawandel eine außergewöhnliche Notlage darstellen.

Mit diesem Geld wollen wir mit kurzfristigen Hilfen für Entlastungen sorgen, damit die Menschen nach dem Energiepreisschock gut durch den Winter kommen. Und gleichzeitig wollen wir jetzt die Voraussetzungen für einen massiven Investitionsschub schaffen, um die Energieversorgung der Zukunft und den wirtschaftlichen Strukturwandel meistern zu können. Denn eines ist klar: Entweder gelingt es uns, unsere Wirtschaft, Energieversorgung und Gesellschaft klimaneutral umzugestalten – oder unser Wohlstand, Arbeitsplätze und staatliche Handlungsfähigkeit sind in Gefahr.

Für uns als SPD-Fraktion ist dabei die Grundlinie, sich jetzt auf die großen CO₂-„Brocken“ zu konzentrieren, um maximale Einspareffekte zu erzielen: Die weitreichende Umstellung von Energieversorgung von Gebäuden, die Umrüstung von Antriebstechnologien für einen echten Beitrag zur Verkehrswende und – vor allem – den Umbau der Stahlindustrie, um nicht nur massiv Treibhausgase einzusparen, sondern auch, um Tausende Arbeitsplätze zu sichern. Deswegen investieren wir jetzt massiv in die Zukunft Bremens und Bremerhavens und zeigen: Wir nehmen die Herausforderung an und sind handlungsfähig!



„Wir haben auch in der Krise verlässliche Haushalte mit klaren Schwerpunkten aufgestellt. Und wir setzen den Krisen auch finanziell etwas entgegen – mit dem Bremen-Fonds während der Corona-Krise und nun zur Abfederung der Folgen des Ukraine-Krieges und für Investitionen in Klimaschutz. Denn für uns ist klar: Wir dürfen nicht gegen Krisen ansparen, sondern müssen sie aktiv bekämpfen!“
Arno Gottschalk
Sprecher für Haushalt, Finanzen und Umwelt

GÜNGÖR FORDERT ENDE DER SCHULDENBREMSE UND KLIMA-SOLI

Viele, aber nicht alle Entscheidungen können in Bremen getroffen werden. Vieles wird aber auch auf Bundesebene entschieden. Umso wichtiger ist es für uns als SPD-Fraktion, uns aktiv in die bundesweiten Debatten einzubringen. Und das hat unser Vorsitzender, Mustafa Güngör, in den vergangenen Jahren auch in der Finanzpolitik getan.

So sprach sich Güngör für ein Ende der Schuldenbremse aus und eröffnete eine bundesweite Debatte. „Klar ist: Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes lässt sich nicht allein an der Höhe der Verschuldung ablesen und Generationengerechtigkeit manifestiert sich mit Sicherheit nicht allein an der schwarzen Null. Wenn wir es also ernst damit meinen, die Zukunft politisch gestalten und auch für zukünftige Generationen Verantwortung übernehmen zu wollen, werden wir nicht

umhinkommen anzuerkennen, dass sich seit Einführung der Schuldenbremse sowohl die finanzpolitischen Herausforderungen als auch die finanzpolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig und grundlegend verändert haben“, schrieb er in einem Artikel. „Wir brauchen eine ehrliche Debatte darüber, wie eine zukunfts-fähige Finanzpolitik aussehen muss, die einerseits die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht über Bord wirft, gleichzeitig aber die

Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig sicherstellen kann.“ In die bundesweite Diskussion brachte er zudem den Vorschlag einer Verdopplung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdiener für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energiesicherheit ein. So könne eine gerechte Finanzierung dieser Maßnahmen erreicht werden. Güngör: „Wenn wir es mit Verteilungs- und Generationengerechtigkeit ernst meinen, dann müssen wir da jetzt ran!“



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/haushalt-finanzen



„Wir wollen, dass aus Zugewanderten Bremer:innen und Bremerhavener:innen werden. Wir wollen, dass sie sich hier zu Hause fühlen und unsere beiden Städte ihr Zuhause werden. Deswegen ist Integration für uns eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft – und bei der wir alle gefordert sind. Als SPD-Fraktion setzen wir uns daher weiter für eine gelingende Integration ein.“

Valentina Tüchel
Sprecherin für Integration



„Wir sagen jeder Form von Diskriminierung entschieden den Kampf an. Niemand soll ausgegrenzt, benachteiligt, angefeindet oder gar angegriffen werden – egal aus welchem Grund. Das passt nicht zu Bremen und Bremerhaven als offene Städte. Mit der Landesantidiskriminierungsstelle sind wir daher vorangegangen – damit Opfer von Diskriminierung Hilfe bekommen.“

Mehmet Ali Seyrek
Sprecher für Antidiskriminierung



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/integration

INTEGRATION ALS ZENTRALE QUERSCHNITTAUFGABE

Wir wollen, dass aus Zugewanderten Bremer:innen und Bremerhavener:innen werden. Deswegen ist Integrationspolitik für uns als SPD-Fraktion ein zentrales Politikfeld – und eine Querschnittsaufgabe.

Auch in den vergangenen Jahren haben wir uns daher für Maßnahmen eingesetzt, die die Integration verbessern. So haben wir in der Bürgerschaft auf den Weg gebracht, dass die unterschiedlichen Integrationskonzepte zu einem „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ zusammengefasst werden. Diese Weiterentwicklung ist nicht zuletzt ein ganz konkreter Ausdruck davon, dass wir Integration als eine große, übergreifende Aufgabe sehen, die wir mit vereinten Kräften angehen wollen.

Wir haben uns aber auch dafür eingesetzt, dass die wichtige Arbeit, die Sprach- und Integrationsmittler:innen vor Ort in den Quartieren für die Integration leisten, fortgesetzt werden kann. Denn hier erhalten Menschen, die noch nicht gut Deutsch sprechen, ganz konkret Unterstützung, die ihnen dabei hilft, in Bremen und Bremerhaven anzukommen und ein Zuhause zu finden.

Auch für Geflüchtete, die nur geduldet sind, aber einen Job in Aussicht haben, haben wir uns eingesetzt. Wir haben den Senat aufgefordert, hier rechtliche Möglichkeiten für einen längeren Aufenthalt zu schaffen. Dadurch schaffen wir für diese Menschen deutlich bessere Bedingungen für die Integration in den Arbeitsmarkt. Und davon profitieren beide Seiten.



BESSERE BERATUNG IN FÄLLEN VON DISKRIMINIERUNG

Diskriminierungen sind leider immer noch Alltag. Sei es wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität – die Beispiele, warum Menschen ausgegrenzt, angefeindet oder sogar angegriffen werden, sind vielfältig. Oft sind diese Diskriminierungssysteme und die Vorurteile, aus denen sie sich ergeben, über viele Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte gewachsen – und dementsprechend ist es auch ein langer Weg, diese Diskriminierungen abzubauen.

Als SPD-Fraktion kämpfen wir gegen jede Form der Diskriminierung – und wir wollen denjenigen helfen, die Opfer einer solchen Erfahrung werden – zumal diese entsprechende Vorfälle häufig gar nicht melden, weil sie nicht wissen, dass, wie und wo dies geht.

Deswegen haben wir eine Landesantidiskriminierungsstelle auf den Weg gebracht. Dort sollen Menschen eine erste Beratung erhalten und die Information, welche Stelle in der bereits vorhandenen,

breit aufgestellten Beratungslandschaft in Bremen ihnen am besten helfen kann.

Denn für uns als SPD-Fraktion steht fest: Wir müssen uns als Land Bremen klar zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft bekennen, die Verantwortung für diesen bedeutenden Politikbereich übernehmen und der Antidiskriminierungspolitik zukünftig einen staatlichen Rahmen geben. Und genau das tun wir mit der Einrichtung der Landesantidiskriminierungsstelle.

FREIKARTE: 60 EURO PRO JAHR FÜR ALLE UNTER 18

Kinder und Jugendliche waren von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in besonderer Weise betroffen. Unterricht teilweise auf Distanz, geschlossene Freizeiteinrichtungen oder auch Kontaktbeschränkungen haben ihnen viel abverlangt.

Aus diesem Grund haben wir als SPD-Fraktion die Idee der Freikarte entwickelt und sie in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 erfolgreich durchgesetzt. Das Prinzip ist einfach: Alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren erhalten eine Karte mit 60 Euro Guthaben für ein Jahr. Dieses kann für die verschiedensten Freizeitaktivitäten eingesetzt werden – von zum Beispiel Theaterbesuchen, über Indoor-Spielparks, Freimarktfahrgeschäften bis hin zu Kinobesuchen inklusive Popcorn. 50 Akzeptanzstellen gab es zum Start, weitere 100

sollen im Laufe der Zeit noch hinzukommen. Am 17. Oktober 2022 ist die Karte an den Start gegangen – und die Resonanz, die umfangreiche Nutzung spricht für sich.

Die Freikarte ist ein Erfolg. Sie ist aber auch ein wichtiges Zeichen an die Kinder und Jugendlichen: Wir wissen, was sie durchmachen mussten. Wir erkennen diese besondere Belastung an. Und wir wollen wieder ein bisschen Normalität in ihrem Alltag ermöglichen – und zwar allen Jugendlichen gleichermaßen. Aufenthaltsstatus, Herkunft oder sozialer Status spielen keine Rolle. Alle unter 18 Jahren profitieren davon und nichts wird an anderer Stelle angerechnet.

Das ist die Leitidee der Freikarte. Und sie ist inzwischen noch wichtiger geworden: Denn vor dem Hintergrund



von Preissteigerungen und Energiekrise drohen Kinder und Jugendliche erneut von einer tiefgreifenden Krise erfasst zu werden. Viele von ihnen erleben erneut, wie Sorgen, Geldnot und Existenzängste das Leben ihrer Familien bestimmen. Umso wichtiger ist es, ihnen in ihrer Freizeit ein Stück Normalität zu ermöglichen – selbstbestimmt und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dafür haben wir uns als SPD-Fraktion stark gemacht.



„Wir stärken die soziale Infrastruktur in den Quartieren – und dies insbesondere im Bereich Pflege, damit ältere Menschen möglichst lange dort bleiben können, wo sie sich zuhause fühlen. Und für Kinder und Jugendliche schaffen wir mit der Freikarte zumindest ein Stück Normalität – unabhängig vom Geldbeutel.“

Birgitt Pfeiffer,
Sprecherin für Soziales, Familie, Senior:innen und Menschen mit Beeinträchtigung

UNTERSTÜTZUNG FÜR ÄLTERE – IN IHREM QUARTIER

Wir wollen, dass Menschen möglichst lange dort bleiben können, wo sie sich zu Hause fühlen: in ihren angestammten Quartieren, in ihrem gewohnten Umfeld. Und wir wollen, dass sie am sozialen Leben teilhaben können und nicht isoliert sind. Deswegen haben wir die Mittel für ältere Menschen im Quartier ebenso aufgestockt wie die Finanzierung von Begegnungsstätten. Letztere erhielten mit dem zusätzlichen Geld auch den Auftrag, gezielt die interkulturelle Arbeit mit älteren Menschen auszubauen.

Als SPD-Fraktion haben wir aber zudem auf den Weg gebracht, dass auch die Pflege stärker in den Quartieren verankert wird. Dazu ist in einem Antrag, der auch Teil des 10-Minuten-Stadt-Konzeptes der Sozialdemokraten ist, ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgesehen.

Ziel ist dabei, unter dem Schlagwort „Pflege im Quartier“ eine neue Ausrichtung der Unterstützung, Pflege und Teilhabe Älterer in den Quartieren zu diskutieren. Denn wir sind fest davon

überzeugt, dass wir die Pflege neu denken müssen – und zwar konsequent von den Wünschen und Bedarfen der Pflegebedürftigen und ihren sorgenden Angehörigen aus. Wir sind überzeugt, dass wir das in unseren Quartieren gestalten können und müssen, denn dort können wir einen Beitrag dazu leisten, die Selbstständigkeit der Menschen, ihre Teilhabe, ihre Integration so lange es geht zu erhalten – und genau damit eben auch Pflegebedürftigkeit vermindern, verringern oder ‚nach hinten‘ verschieben zu können. Das entlastet auch sorgende Angehörige.

Völlig klar ist, dass wir bei der Verwirklichung von „Pflege im Quartier“ nicht von vorne anfangen. Wir haben in unseren Städten schon einiges an lokaler Infrastruktur und auch eine in Teilen schon bestehende Vernetzung. Diese gute Grundlage wollen wir nutzen, um unsere quartiersbezogenen Versorgungsstrukturen zu stärken, vorhandene Zahnräder besser ineinandergreifen zu lassen und um neue Zahnräder zu ergänzen.



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/soziales



„Bildung ist unser Schwerpunkt. Dabei gilt: Wir müssen Ungleiches auch ungleich behandeln. Deswegen setzen wir besondere Schwerpunkte in den Schulen, wo die Schüler:innen vor besonderen Herausforderungen stehen. Wir wollen gute Bildung und gleiche Chancen für alle – unabhängig vom Geldbeutel oder Bildungsstand der Eltern. iPads für alle waren daher ein wichtiger Schritt.“
Gönül Bredehorst
Sprecherin für Bildung

IPADS FÜR ALLE SCHÜLER:INNEN

Digitale Lernformate erhielten im Jahr 2020 plötzlich eine noch größere, eine entscheidende Bedeutung. Denn zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnte der Unterricht phasenweise nur auf Distanz stattfinden. Bremen hatte hier im Bundesvergleich gute Voraussetzungen, weil die Lernplattform „itslearning“ bereits etabliert war und funktionierte.

Für uns als SPD-Fraktion war aber von Anfang an klar: Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob und wie Kinder und Jugendliche an digitalen Lernformaten teilhaben können! Deswegen haben wir uns früh und mit Erfolg dafür eingesetzt, dass alle Schüler:innen und Lehrkräfte mit einem Tablet ausgestattet werden. So haben wir gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen.

Die digitalen Möglichkeiten im Bildungsbereich haben durch die Umstände der Corona-Pandemie einen Schub bekommen – und wir haben dafür gesorgt, dass alle Schüler:innen in Bremen und Bremerhaven die Chancen, die darin liegen auch nutzen können. Insgesamt 38,6 Millionen Euro haben wir in die digitale Infrastruktur investiert – Geld, dass sich auch in Zukunft auszahlen wird!

MEHR GELD FÜR OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Offene Angebote für Kinder und Jugendliche leisten in den Quartieren eine wichtige und unverzichtbare Arbeit. Als SPD-Fraktion haben wir uns daher – auch und gerade in den Haushaltsberatungen – dafür eingesetzt, dass diese Angebote zusätzliche Unterstützung erhalten.

- Wir haben die Stadtteilbudgets für die Offene Jugendarbeit aufgestockt. In den Haushaltsberatungen mit den Koalitionspartnern haben wir erreicht, dass die Offene Jugendarbeit zusätzliche 1,7 Millionen Euro erhält.
- Wir haben dafür gesorgt, dass Angebote, die stadtweit von Jugendlichen angenommen werden, eine zusätzliche Förderung erhalten. Davon profitieren auch Angebote für Jugendliche an der Schnittstelle von Sport und Sozialarbeit.
- Um mehr Offene Angebote für Kinder bis 12 Jahre zu schaffen, haben wir die Budgets der Träger aufgestockt, damit diese zusätzliche Mitarbeitende und zusätzliche Sachmittel finanzieren können.
- Wir haben die Budgets der Spielhäuser um jeweils 10.000 Euro angehoben. Auch haben wir Geld für die Einrichtung eines solchen Spielhauses in Blumenthal bereitgestellt.
- Jugendverbände erhalten mehr Geld.
- Eine Digitalisierungsstrategie für die Offene Jugendarbeit wird erstellt.

CORONA-FOLGEN ABGEMILDERT

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung nötig waren, haben auch und insbesondere viele Schüler:innen hart getroffen. Und für die Schulen war sie eine Herausforderung, weil Kontaktbeschränkungen phasenweise Distanzunterricht erforderlich machten.

Als SPD-Fraktion war für uns ein Ziel vorrangig: so viel Präsenzunterricht wie irgend möglich zu gewährleisten. Denn wir hatten immer vor allem diejenigen Schüler:innen im Blick, die zu Hause keine ausreichende Förderung erhalten können und kein optimales Lernumfeld haben.

Dieses hohe Maß an Präsenzunterricht zu gewährleisten ist auch deshalb gelungen, weil wir uns schon früh für ein Impfangenot für Erzieher:innen und Lehrkräfte im Land Bremen stark gemacht haben, weil bereits vor dem Bundesprogramm auf Landesebene Kitas und Schulen flächendeckend mit Luftfiltern ausgestattet wurden und weil in allen Kitas und Schulen regelmäßige Tests durchgeführt wurden. Dass alle Schüler:innen und Pädagog:innen auf unsere Initiative hin ein kostenloses Tablet erhalten haben und Bremen über eine funktionierende Lernplattform verfügt, ermöglichte auch während des Lockdowns die Fortsetzung des Unterrichts in digitaler oder hybrider Form. Um die Corona-Folgen für Schüler:innen abzumildern und verpasste Bildungszeit aufzuholen, wurden hohe Summen aus dem Bremen-Fonds bereitgestellt – etwa für Nachhilfeangebote und Schwimmkurse in den Ferien oder für zusätzliche Mathe- und Deutschstunden.

DEUTLICH MEHR GELD FÜR KINDER UND BILDUNG

Der Bereich Kinder und Bildung ist und bleibt unser Schwerpunkt – auch finanziell. So erhält er mit aktuell 1,2 Milliarden Euro den mit Abstand größten Einzeletat im Bremer Landeshaushalt. Und als SPD-Fraktion haben wir dafür gesorgt, dass in diesem Bereich in den vergangenen Jahren kräftig aufgestockt worden ist und haben mehr Geld bereitgestellt: für zusätzliche Lehrkräfte, für weiteres pädagogisches Personal, für neue Schulen und für das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte unseres Bundeslandes.

So hat der Bereich Kinder und Bildung bereits im Haushalt für die Jahre 2020 und 2021 365 Millionen Euro zusätzlich erhalten – und damit mehr als alle anderen Ressorts. So hatte der Senat bereits in seinem ersten Haushaltsentwurf allein für diesen Zeitraum 125 Millionen Euro zusätzlich zur Finanzierung von schulischem Personal durch die steigenden Schülerzahlen und den Einstieg in eine bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte bereitgestellt. Aufgrund der Zuweisungsrichtlinie wurden außerdem 200 zusätzliche Stellen für Lehrpersonal an Schulen geschaffen, und mit 45 Stellen wurde die Digitalisierung der Einrichtungen unterstützt. Kurz darauf hat die rot-grün-rote Koalition noch einmal nachgelegt – mit noch einmal 160 Millionen Euro zusätzlich, unter anderem für die Kita-Beitragsfreiheit, für Maßnahmen des Digitalpaktes an Schulen, für Mobilbauten an Schulen, für zusätzliche Lehrkräfte, für zusätzliche Assistenzen für Schüler:innen und für den Ausbau der Qualitätsentwicklung. In den Haushaltsberatungen haben wir zudem erreicht, dass die Schulsozialarbeit gestärkt wird und alle Index-Kitas Unterstützung durch eine:n Sozialpädagog:in erhalten. Wir haben außerdem die Quartierszentren und Quartiersbildungszentren besser ausgestattet und dafür gesorgt, dass solche Einrichtungen auch in Blumenthal und Bremerhaven entstehen.

Auch im aktuellen Doppelhaushalt haben wir den Bereich Kinder und Bildung finanziell noch weiter gestärkt. In der Stadt Bremen wird es zusätzlich 180 Stellen für neue Lehrkräfte geben. Damit noch mehr Kinder bereits frühzeitig geför-

dert werden, haben wir insgesamt 2,5 Millionen Euro für den Ausbau eines niedrigschwelligen Betreuungsangebots bereitgestellt – und weitere 2,32 Millionen Euro für eine aufsuchende Sprachstandserhebung bei Kindern, die keine Kita besuchen, sowie für die Stärkung der Sprachförderung in den Kitas mit zusätzlichen Fachkräften. Weitere 1,5 Millionen Euro stehen für zusätzliche Schwerpunktgruppen in Kitas zur gezielten Unterstützung von Kindern mit Behinderungen oder Förderbedarf zur Verfügung. Mit zusätzlichen 1,24 Millionen Euro haben wir die Ausstattung an den Grundschulen – orientiert an ihrer Größe und ihrem Sozialindikator – verbessert. Aus dem Bremen-Fonds haben wir die Mittel für 40 zusätzliche Stellen für Doppelbesetzungen an Grundschulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen bereitgestellt.

Wir investieren aber nicht nur in Personal und in Maßnahmen, die gezielt die Schüler:innen fördern, die besondere Förderung brauchen – ganz getreu unserem Motto, dass wir Ungleiches auch ungleich behandeln müssen. Wir bauen auch neue Schulen und befinden uns mitten im größten Ausbauprogramm für die Kindertagesbetreuung, das es im Land Bremen je gegeben hat. So haben wir für die Jahre 2020 und 2021 zunächst 80 Millionen Euro für den Bau von Kitas und Schulen bereitgestellt und zudem eine Sonderrücklage „Schul- und Kinderbetreuungsbereich“ in Höhe von 40 Millionen Euro gebildet. Und im aktuellen Doppelhaushalt setzen wir dieses massive Ausbauprogramm fort – mit 105 Millionen für Schulbau und -sanierung sowie rund 41 Millionen Euro für den Kitaausbau.



„Wir stemmen das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte unseres Bundeslandes und investieren massiv in die Schaffung zusätzlicher Plätze. Denn wir wollen eine gute Betreuung für alle Kinder in Bremen und Bremerhaven – und dies gerade dort, wo die Herausforderungen besonders groß sind und die Kinder gezielte Förderung brauchen.“
Petra Krümpfer
stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Kinder und Jugend



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/bildung



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/kinder



„Wir wollen Bremen und Bremerhaven als bedeutende Wirtschaftsstandorte erhalten – damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen können. Deswegen sorgen wir dafür, dass ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Deswegen haben wir Unternehmen in der Corona-Krise unterstützt. Und deswegen investieren wir gezielt in Zukunftsfelder und junge Unternehmen.“
Volker Stahmann
Sprecher für Wirtschaft

FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT!

Für uns ist klar: Wir müssen Unternehmen die Chance geben, sich in Bremen anzusiedeln und zu wachsen. Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze erhalten werden und neue Arbeitsplätze entstehen können.

Völlig klar ist aber auch: Bremens Flächenvorrat ist begrenzt, und angesichts des Klimawandels ist der Erhalt von Grünarealen existenziell. Diese beiden Pole in Einklang zu bringen, war die Herausforderung, vor der wir bei der Entwicklung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2030 (GEP) als SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern standen. Uns war bewusst: Nur mit einer Neuausrichtung der Wirtschaftsflächenentwicklung kann Bremen das Ziel einer klimaneutralen Ökonomie mit der Sicherung der Arbeitsplätze als Industriestandort verbinden. Mit dem GEP 2030 haben wir nun die Weichen gestellt für den Übergang zu einer klimaschonenden Flächenkreislaufwirtschaft und schaffen für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Ergebnisse unserer Verständigung mit den Koalitionspartnern sind dabei wegweisend für eine zukunftsgerichtete, sozial und ökologisch

nachhaltige Gewerbeentwicklung. Ziel ist es, Beschäftigung in Bremen zu sichern. Deswegen sorgen wir dafür, dass Industrie nicht weiter verdrängt wird und Gewerbeinseln, die nicht baurechtlich geschützt sind, als Gewerbeschutzgebiete gesichert werden. Wir haben auch Augenmerk auf Innovationscluster wie die Luft- und Raumfahrt gelegt. Um etwa die weitere Entwicklung von Airbus ermöglichen zu können, prüfen wir, inwieweit eine Erweiterung auf dem südöstlichen Teil des Flughafen-Betriebsgeländes möglich ist. Die Flächenentwicklung knüpfen wir auch an eine bessere Ansiedlungspolitik, beispielsweise durch Nutzung der Instrumente des Erbbaurechts oder des Vorkaufsrechts. Zudem werden wir im Bestand umfassend nachverdichten. Mit dem Blick auf das Pilotprojekt Achim-West, wollen wir ebenfalls Kooperationen mit den Umlandgemeinden in Einklang mit einer flächeneffizienten Nutzung und dem Klimaschutz intensivieren.



Wir haben die Corona-Folgen aufgefangen. So haben wir schon früh Eckpfeiler für ein Corona-Konjunkturprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt. Und wir haben auch ganz konkrete Hilfe für Branchen geleistet, die durch die Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen waren – etwa, indem wir es Gastromomen ermöglicht haben, unbürokratisch ihre Außenbereiche zu erweitern und ihnen dort die Pacht erlassen haben, oder mit einer Förderung des Projekts „Club 100“, mit dem wir die Veranstaltungswirtschaft unterstützt haben.

Wir investieren in Digitalisierung, junge, kreative Unternehmen und Existenzgründer:innen. So haben wir zum Beispiel dafür gesorgt, dass der bremische Creative Hub weiterhin finanziell gut ausgestattet ist. Wir investieren aber auch in ein Förderprogramm Luft- und Raumfahrt.

Wir investieren in die Quartiere, indem wir die Mittel für das Stadtteilmarketing aufgestockt haben. Zudem weiten wir dies aus, und auch Osterholz und Blumenthal erhalten entsprechende Mittel.

Wir wollen Wirtschaft und Klimaschutz verbinden. So arbeiten wir weiter am nachhaltigen und CO₂-neutralen Gewerbegebiet auf der Lüneplate und schaffen zum Beispiel ein Gründer:innenzentrum „Green Economy“ in Bremerhaven.

Wir haben die Gründung des Kompetenzzentrums für nachhaltige Logistik auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit Unternehmen und Wissenschaft wollen wir neue Ziele, Maßnahmen und Standards rund um faire und nachhaltige Transportwege formulieren – damit Bremen und Bremerhaven bedeutende und nachhaltige Logistikstandorte bleiben.



HÄFEN AUCH WEITERHIN ZUKUNFTSFEST AUFSTELLEN

Die Häfen und die Logistikwirtschaft sind von herausragender Bedeutung für den Standort Bremerhaven, das Land Bremen, die Region und die ganze Bundesrepublik. Damit unsere Häfen auch weiterhin zukunftsfähig aufgestellt sind haben wir in den vergangenen Jahren einen dreistelligen Millionenbetrag investiert – und ein Hafentwicklungs-konzept erarbeitet, das in den kommenden zehn Jahren weitere Investitionen von einer halben Milliarde Euro vorsieht.

So wurden allein im Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 mehr als 190 Millionen Euro für Investitionen in die Häfen bereitgestellt. Ein bedeutender Teil dieser Mittel – 80 Millionen Euro – fließt dabei in den Neubau der Columbuskaje. Das Kreuzfahrtterminal wird damit so gestaltet, dass es modernen und ökologischen Anforderungen genügt. Damit stärken wir Bremerhaven als Standort für Kreuzfahrten – angesichts des starken Anstiegs der Passagierzahlen in den vergangenen Jahren ein richtiger Schritt.

Zentrale Themen bei der Weiterentwicklung der Häfen sind für uns nicht nur bei diesem Beispiel Nachhaltigkeit, Ökologie und Klimafreundlichkeit. So bauen wir die Versorgung mit Landstrom aus. Acht neue Anlagen entstehen, und betrieben werden sollen sie mit erneuerbaren Energien, womit wir bereits jetzt Zielstellungen nachkommen, die auf Bundesebene und auf Ebene der EU formuliert worden sind.

BREMERHAVEN ERHÄLT WASSERSTOFF-TESTZENTRUM

Auf Initiative der SPD-Fraktion soll in Bremerhaven ein Testzentrum für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge entstehen. Entstehen soll ein sogenannter Seegangssimulator, der Bewegung simuliert, die den Extremwetterbedingungen auf hoher See gleichen.

Nicht nur für Schiffe, auch für große, schwere LKW oder Nutzfahrzeuge bekommt Wasserstoff als Antriebs- und Spei-

chertechnologie eine immer größere Bedeutung. Es ist ein Zukunftsfeld, das, neben dem Ausbau erneuerbarer Energien, entscheidend für das Gelingen der Energiewende ist.

Und mit der Planung des Testzentrums in Bremerhaven stellen wir die Seestadt und das gesamte Bundesland Bremen in diesem Bereich noch besser auf. Denn diese Test-Infrastruktur fügt sich

Und Nachhaltigkeit ist auch das übergreifende Ziel des Hafentwicklungs-konzeptes 2035. Wir wollen, dass unsere Häfen als Umschlags-, Nutzungs- und Produktionsstandorte für alternative Energieträger eine wichtige Rolle bei der Energiewende und bei der Versorgung ganz Deutschlands mit Energie einnehmen. Und dafür nehmen wir viel Geld in die Hand – 500 Millionen Euro in den kommenden zehn Jahren: um die Terminals zu modernisieren, um neue Geschäftsfelder zu erschließen, um die Anbindung der Häfen zu verbessern – an die Schiene, an die Straße sowie ans Wasser – aber auch, um die Digitalisierung zu verbessern und mehr auf Automatisierung und künstliche Intelligenz zu setzen.

Für uns ist dabei aber auch klar, dass diese technologische Entwicklung nur gemeinsam mit den Beschäftigten vor Ort gelingen kann. Digital geht nur sozial – nur so kann der Wandel zu einem Erfolg werden.

hervorragend in die bereits bestehende maritime Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungslandschaft des Landes Bremen und speziell in Bremerhaven ein. Der Seegangssimulator wird einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die anwendungsorientierte Forschung weiter auszubauen – und Bremen und Bremerhaven damit in diesem zentralen Zukunftsfeld für die Zukunft gut aufzustellen.



„Die Häfen sind von existenzieller Bedeutung, nicht nur für Bremen und Bremerhaven, sondern für ganz Deutschland. Wir haben einen dreistelligen Millionenbetrag in die Zukunft und Nachhaltigkeit der Häfen investiert und setzen diesen Kurs in den kommenden zehn Jahren fort – damit unsere Häfen konkurrenzfähig bleiben können!“
Jörg Zager
Sprecher für Häfen und Schifffahrt



„Wir investieren gezielt in Zukunftsfelder wie die Entwicklung von Wasserstoffantrieben. Damit werden wir die Position Bremens und Bremerhavens als Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsstandorte weiter ausbauen und sorgen dafür, dass wir beim wichtigen Thema Energiewende ein zentraler Standort bleiben.“
Martin Günthner
stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Medien und Digitalisierung



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/wirtschaft



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/haefen



„Eine gut aufgestellte und gut ausgestattete Wissenschaftslandschaft ist von essenzieller Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Denn dort entstehen Innovationen und dort werden hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet. Daher investieren wir weiterhin in gute Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven.

Janina Strelow
Sprecherin für
Wissenschaft und Forschung
sowie Tierschutz



DEUTLICH MEHR GELD FÜR ALLE HOCHSCHULSTANDORTE

Bremerhaven und Bremen sind starke Wissenschaftsstandorte – und als SPD-Fraktion haben wir in den vergangenen Jahren alles unternommen, damit dies so bleibt. So haben wir den Wissenschaftsetat deutlich aufgestockt, wovon alle Hochschulen in ihrer Weiterentwicklung profitiert haben. Wir haben die Digitalisierung an den Hochschulen vorangetrieben – damit diese ihre Lehre in digitale Formate überführen konnten. In der Pandemie haben wir zudem gezielt in Not geratene Studierende unterstützt und unbürokratisch einen längeren BAföG-Bezug ermöglicht. Und nicht zuletzt haben wir weitere Schritte hin zu einem komplett gebührenfreien Studium unternommen.

Mehr Geld für die Hochschulen

Wir haben die Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven deutlich gestärkt. So haben wir für den Wissenschaftsetat gegenüber dem Jahr 2019 im Jahr 2020 eine Aufstockung um 29,3 Millionen Euro und 2021 um 17,2 Millionen Euro erreicht. Eine deutliche Erhöhung, durch die erste Schritte in der Umsetzung des Wissenschaftsplans 2025 ermöglicht wurden – und von der alle Hochschulen profitiert haben. So erhielt die Universität Bremen Unterstützung bei der Vorbereitung auf die nächste Antragsrunde der „Exzellenzstrategie 2026“ sowie für erste Planungsschritte zur Sanierung der dortigen Sportanlagen und des Aufbau eines fachlichen Profils Sport sowie die weitere Planung und Umsetzung für das Hörsaal- und Veranstaltungszentrum. An der Hochschule Bremen wird schrittweise der Bereich Gesundheitswissenschaften und ein Gesundheitscampus aufgebaut. Die Hochschule für Künste erhielt Unterstützung bei der Profilschärfung und interdisziplinären Verknüpfung ihrer Fachbereiche. Und die Hochschule Bremerhaven konnte die neuen Studiengänge Physician Assistant und Soziale Arbeit einrichten. Hier haben wir als Fraktion in den Haushaltsberatungen noch einmal drei Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, damit die Hochschule weiter wachsen kann und mehr junge Menschen nach Bremerhaven gezogen werden. In den Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 konnten wir erreichen, dass statt der anfänglich im Raum stehenden Kürzungen sogar eine Steigerung des Wissenschaftshaushalts von 14,7 Millionen Euro in 2022 und 9,6 Mio. Euro in 2023 beschlossen wurden und damit weitere Schritte in der Umsetzung des Wissenschaftsplans ermöglicht wurden. Darüber hinaus wurden für die Hochschulinfrastruktur aus dem Bremen-Fonds zusätzlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Entlastungen für Studierende

Wir haben in den Haushaltsberatungen erfolgreich durchgesetzt, dass Studierende entlastet werden. So wurden die Langzeitstudiengebühren dauerhaft abgeschafft. Die Verwaltungsgebühren wurden von 62 auf 50 Euro gesenkt – für uns ein wichtiger aber auch ein erster Schritt hin zu einem komplett gebührenfreien Studium. Die weiteren Schritte auf diesem Weg sind unser erklärtes Ziel.

Digitale Lehre vorgebracht

Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung nötigen Kontaktbeschränkungen haben die Hochschulen vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben sehr schnell ein Sofortprogramm digitale Lehre und Studierenden-Service auf den Weg gebracht, das die Hochschulen mit vier Millionen Euro dabei unterstützte, ihre Lehrveranstaltungen in digitale Formate zu überführen. Im weiteren Verlauf des Jahres 2020 haben wir zusätzliche 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit die Digitalisierung der Hochschulen weiterentwickelt werden konnte – wovon die Einrichtungen auch über die konkreten Anforderungen der Corona-Pandemie hinaus nachhaltig profitieren.

Corona und die Folgen

Wir haben nicht nur die Hochschulen bei der digitalen Infrastruktur unterstützt – es war uns zudem ein besonderes Anliegen, die Studierenden zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass pandemiebedingte Nachteile ausgeglichen werden. So haben wir durch die Verlängerung der sogenannten individuellen Regelstudienzeit die Möglichkeit geschaffen, den BAföG-Bezug unbürokratisch zu verlängern und die Aufstockung des Darlehensfonds des Studierendenwerks unterstützt.



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/wissenschaft-forschung



MINDESTLOHN: BREMEN WIRD ERNEUT ZUM VORREITER

Für uns steht fest: Wer in Vollzeit arbeitet, muss davon auch leben können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Und mehr noch: Die Löhne müssen auch für eine auskömmliche Rente reichen. Deswegen haben wir den Landesmindestlohn angehoben – und ausgeweitet.

Bremen als Vorreiter: Das war 2012 so, als wir – deutlich vor dem Bund – einen Mindestlohn auf Landesebene eingeführt haben. Und das war auch 2021 so, als wir diesen Landesmindestlohn auf 12 Euro angehoben haben. Die entsprechende Anhebung des bundesweit gültigen Mindestlohns erfolgte erst zum Oktober 2022 – nachdem die SPD die Führung der Ampelregierung übernommen hatte.

Doch ist das Land Bremen inzwischen sogar noch einen Schritt weiter. Denn wir haben in einem weiteren Schritt die Steigerung an die Entwicklung des Eingangsentgeltes des Tarifvertrags des Öffentlichen Dienstes der Länder gekoppelt. Und das hat schon im Dezember 2022 konkrete Auswirkungen für die Beschäftigten gezeigt, für die der Landesmindestlohn greift – denn seit diesem Tag liegt dieser bei 12,29 Euro.

Diese Orientierung an den öffentlichen Dienst hat noch einen weiteren Vorteil: Der Landesmindestlohn wird automatisch angepasst. Eine weitere Änderung des Gesetzes ist nicht mehr

nötig, langwierige Debatten entfallen. Dadurch sind wir dort, wo wir Einfluss auf den Mindestlohn haben, unserem Ziel von Löhnen, die zum Leben und im Alter reichen, ein entscheidendes Stück näher gekommen.

Und diesen Einfluss haben wir sogar noch ausgeweitet – und die Tarifbindung gestärkt. Denn wir haben zusätzlich das Tariftreue- und Vergabegesetz angepasst. Künftig gilt die Verpflichtung, ein tätigkeitspezifisches Mindestentgelt zu zahlen, das sich an den im Land Bremen maßgeblichen Tarifabschlüssen orientiert. Die Tarifbindung wird so deutlich gestärkt, der Landesmindestlohn ist nicht nur angehoben worden, er ist jetzt eine absolute Untergrenze – dort, wo die Tariflöhne nicht greifen. Und er gilt umfassender als zuvor: Denn wir haben ihn auch auf EU-weite Vergaben ausgeweitet.

Gutes Geld für gute Arbeit und ein Lohn, der zum Leben und im Alter reicht – im Land Bremen sind wir diesem Ziel in den vergangenen Jahren auch dank der SPD-Fraktion deutlich näher gekommen.

GUTE AUSBILDUNG FÜR ALLE SICHERN!

Wir wollen, dass alle Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven einen Ausbildungsplatz erhalten. Denn Menschen ohne Berufsabschluss haben es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Und eine abgeschlossene Ausbildung bietet die besten Chancen auf einen Job, der so gut bezahlt ist, dass es auch wirklich zum Leben reicht – und damit auf eine gute, selbstständige Zukunft.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in der ablaufenden Wahlperiode einen Ausbildungsfonds auf den Weg gebracht. Denn wir sind davon überzeugt, dass dieses Instrument dringend nötig ist – und dass alle Seiten davon profitieren. Denn der Ausbildungsfonds trägt dazu bei, mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Er bekämpft damit

gleichzeitig auch den Fachkräftemangel, der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Und er unterstützt die Unternehmen, die ihrer Verantwortung gerecht werden und ausbilden.

Und auch während der Corona-Pandemie haben wir die Auswirkungen auf Auszubildende schon früh erkannt und bekämpft. So hat der Senat bereits im Sommer 2020 einen Schutzschirm Ausbildung beschlossen. Es wurden unter anderem zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst sowie zwei außerbetriebliche Ausbildungsverbände in Bremen und Bremerhaven auf den Weg gebracht, um zu ermöglichen, dass Jugendliche trotz Pandemie eine Ausbildung beginnen oder fortführen können.



„Wer Vollzeit arbeitet muss so viel verdienen, dass es ohne staatliche Unterstützung zum Leben und für eine ausreichende Rente reicht. Deswegen haben wir die Tarifbindung gestärkt und den Landesmindestlohn angehoben. Von entscheidender Bedeutung ist aber auch eine Ausbildung. Und wir nutzen alle Instrumente, damit alle Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven einen Ausbildungsplatz bekommen.“

Jasmina Heritani
Sprecherin für Arbeit



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/arbeit



„Wir müssen das Klima schützen und dafür den CO₂-Ausstoß reduzieren – auch in Bremen und Bremerhaven. In der Enquete-kommission ist uns dafür ein großer Wurf gelungen. Und wir sprechen nicht nur über wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz, wir beginnen auch, sie umzusetzen und investieren in die Zukunft unserer beiden Städte – und unseres Planeten.“

Carsten Sieling
Obmann der SPD-Fraktion in der Klima-Enquete



KLIMA SCHÜTZEN!

Die Klimakrise verschärft sich immer weiter, und auch in Deutschland, in Bremen und Bremerhaven sind ihre Auswirkungen zu spüren. Das Pariser Klimaabkommen setzte daher das Ziel, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Doch wie können Bremen und Bremerhaven zu diesem Ziel beitragen und den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren? Mit dieser Frage hat sich eine Enquetekommission der Bürgerschaft befasst – und aus Sicht der SPD-Fraktion richtige Antworten gefunden. Uns ist ein großer Wurf gelungen, denn wir haben gemeinsam mit Sachverständigen und den anderen Fraktionen einen Plan vorgelegt, wie das Land Bremen bis 2030 etwa 60 Prozent und bis 2038 etwa 95 Prozent seines CO₂-Ausstoßes verringern kann.

Für uns ist dabei die Umstellung des Stahlwerks auf eine klimaneutrale Produktion bis Mitte der

2030er-Jahre ein zentrales Projekt – einhergehend mit der Sicherung der dortigen Beschäftigung. Im Bereich Energieversorgung setzen wir auf weniger Verbrauch mittels Förderprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung und mehr auf Erneuerbare Energien durch die Forcierung des Solarstromausbaus. Um CO₂-Emissionen im Bereich Verkehr zu vermeiden, werden wir vor allem den Pendler- und Berufsverkehr in den Blick nehmen. Wir wollen Alternativen zum PKW mit Verbrennungsmotor schaffen, indem wir den ÖPNV entsprechend ausbauen und den Umstieg auf Elektromobilität forcieren.

Klar ist: Diese Maßnahmen kosten viel Geld. Sie sind aber eine wichtige Investition in die Zukunft und in den Erhalt unseres Planeten. Daher haben wir einen Topf gebildet, in dem bis zu 2,5 Milliarden Euro für erste, wichtige und effektive Maßnahmen bereitstehen, die auf den Empfehlungen der Enquetekommission beruhen.

BIENEN RETTEN!

Bienen erfüllen eine wichtige Funktion. Sie bestäuben Pflanzen – und erhalten so die Artenvielfalt. Und nicht nur das: Dadurch sind sie auch unverzichtbar für die Landwirtschaft und somit letztlich für die Nahrungsmittelversorgung. Doch nehmen die Bienenbestände weltweit drastisch ab. Bienen sind in ihrer Existenz bedroht – und das ist auch eine Gefahr für den Menschen.

Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, Bienen besser zu schützen. In einem ersten Schritt ging es darum, herauszufinden, warum auch in Bremen so viele Bienen gestorben sind. In einem zweiten Schritt haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht, um dem Bienensterben etwas entgegenzusetzen. Diese reichen von einer besseren statistischen Erfassung über eine

bessere Aus- und Weiterbildung von sowie Fördermöglichkeiten für Imker:innen bis hin zu einer insektenfreundlicheren Gestaltung des öffentlichen Raums.



SONNE NUTZEN!

Wenn die Energiewende gelingen soll, müssen wir viel mehr als bisher auf Solarenergie setzen. Und um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, haben wir in der Bürgerschaft einen Antrag mit einem Bündel von Maßnahmen beschlossen, mit denen Bremen und Bremerhaven zu Solar Cities werden sollen.

So soll mit einem Landesprogramm der Ausbau der Solarenergienutzung im Land Bremen deutlich – und sozial verträglich – beschleunigt werden. Ziel ist es unter anderem, einen ambitionierten Ausbaupfad für Solarenergienutzung auf öffentlichen Gebäuden zu realisieren, den Ausbau bei Unternehmen zu beschleunigen, Pilotprojekte für weitere Solarpotenziale und Parkplatzüberdachungen zu realisieren und bei Neubauvorhaben Photovoltaikanlagen zum Standard zu machen.



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/umwelt-energie

CORONA-PANDEMIE: BREMEN VORBILD BEIM IMPFFEN

Covid 19 – das Virus, das Ende 2019 das erste mal auftauchte, hat die vergangenen Jahre in der Gesundheitspolitik geprägt wie nichts anderes. Und das weltweit und nicht nur in Deutschland, Bremen und Bremerhaven. Eine weltweite Pandemie – das war beispiellos, und es hat alle im Land Bremen vor beispiellose Herausforderungen gestellt. Herausforderungen, die wir gemeinsam gemeistert haben. Ein Erfolg, der vor allem auf der großen Solidarität der Bremer:innen und Bremerhavener:innen fußt.

Als SPD-Fraktion haben wir aktiv dazu beigetragen, dass Bremen und Bremerhaven gut durch diese schwere Zeit kamen. Im Parlament haben wir die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie und zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Menschen notwendig waren, immer wieder diskutiert und waren an den Entscheidungen direkt beteiligt.

Wir haben uns diese Entscheidungen nicht leicht gemacht – und uns beispielsweise erfolgreich dafür eingesetzt, dass in den Schulen so viel Präsenzunterricht wie möglich stattfinden kann. Wir haben für einen größtmöglichen Schutz gesorgt, etwa, indem wir alle Schulen mit Luftfiltern ausgestattet haben. Aber auch, indem wir zunächst den besonders gefährdeten älteren Menschen, in einem zweiten Schritt Menschen mit wenig

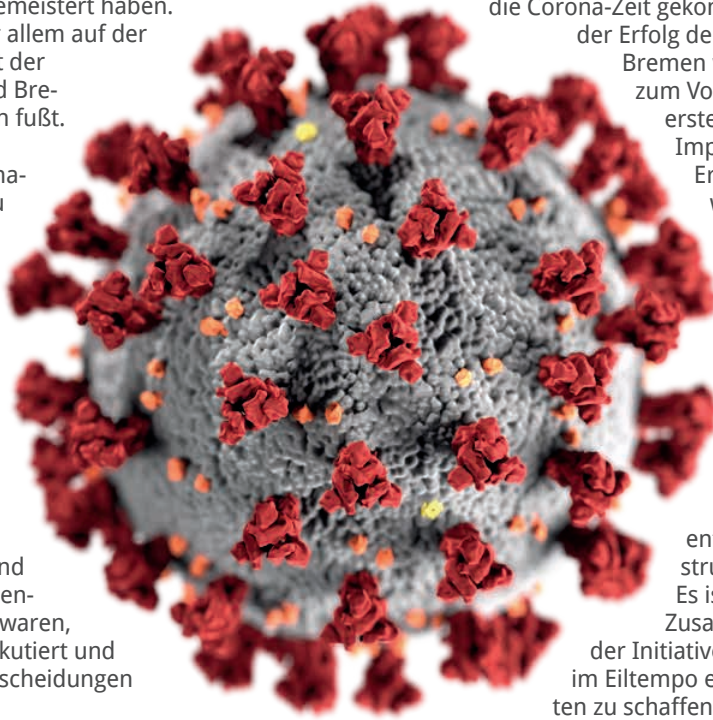
Geld und schließlich allen Bremer:innen und Bremerhavener:innen kostenlose FFP2-Masken zur Verfügung gestellt haben. Denn es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob man sich gegen das Corona-Virus schützen kann oder nicht.

Entscheidend dafür, dass wir in Bremen und Bremerhaven vergleichsweise gut durch die Corona-Zeit gekommen sind, war der Erfolg der Impfkampagne. Bremen wurde bundesweit zum Vorbild – mit einem ersten Platz bei der Impfquote. Diesen Erfolg verdanken wir der großen Impfbereitschaft der Bremer:innen und Bremerhavener:innen. Wir verdanken ihn aber auch der Tatsache, dass es uns in Bremen gelungen ist, schnell eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen. Es ist gelungen, in Zusammenarbeit mit der Initiative „Bremen impft“ im Eiltempo enorme Kapazitäten zu schaffen. Vor allem aber wurden Angebote in den Stadtteilen gemacht – ergänzt durch Aufklärungsarbeit der Gesundheitsfachkräfte. Die Impftrucks sind zu mehr als 500 Einsätzen ausgerückt, sind 21.000 Kilometer durch die Stadt Bremen gefahren und es wurden rund 50.000 Impfungen verabreicht. So haben wir die Impfung aktiv zu den Menschen in die Quartiere gebracht. Und das war ein entscheidender Beitrag für die hohe Impfquote in unserem Bundesland.



„Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven. Deswegen haben wir die Gesundheitsversorgung vor Ort in den Quartieren gestärkt und Präventionsangebote ausgebaut. Auch beim Impfen gegen das Corona-Virus sind wir gezielt und aktiv zu den Menschen in die Quartiere gefahren – und hatten damit großen Erfolg.“

Ute Reimers-Bruns
Sprecherin für Gesundheit,
Pflege und
Verbraucherschutz



BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN DEN QUARTIEREN

Der Zusammenhang ist wissenschaftlich erwiesen: Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Das wollen wir als SPD-Fraktion nicht hinnehmen, und dem haben wir in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichen Maßnahmen etwas entgegen gesetzt.

So ist und bleibt es unser Ziel, die Versorgung sowohl mit Haus- als auch mit Fachärzt:innen in den Quartieren zu verbessern. Gerade dort, wo die Menschen vor besonderen Herausforderungen stehen und häufig finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, brauchen wir eine gute ärztliche Versorgung, damit die Distanz zum Facharzt nicht eine zusätzliche Barriere darstellt und die Menschen von einem Besuch abhält. Dieses Ziel hat auch Eingang in unser Konzept zur 10-Minuten-Stadt gefunden, und wir führen immer weiter Gespräche, um dieses Ziel zu erreichen.

Entscheidend ist aber auch der Aspekt der Prävention. Denn gute Präventionsarbeit kann verhindern, dass ein Arzt überhaupt gebraucht wird. Deswegen haben wir entsprechende Angebote vor Ort in den Quartieren gestärkt und in den Haushaltsberatungen in diesem Bereich finanzielle Schwerpunkte gesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass das erfolgreiche, aber befristete Gesundheitsfachkräfte-Projekt an zwölf Bremer Grundschulen verlängert wird. Wir haben die Mittel der Verbraucherzentrale aufgestockt, damit diese ihre Angebote vor Ort ausweiten kann. Wir haben dafür gesorgt, dass die Planung für ein Hebammenzentrum im Bremer Osten schnellstmöglich realisiert werden kann – und außerdem weitere Standorte in Blumenthal und Bremerhaven geplant werden. Und wir stärken nicht nur die regionalen Gesundheitszentren, wir weiten dieses Angebot auch auf weitere Stadtteile aus.



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/gesundheit



„Der ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge – und wir wollen, dass er für möglichst viele Menschen eine echte Alternative zum eigenen Auto ist oder wird. Dafür muss er attraktiv sein. Wir haben daher das Ziel formuliert, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven innerhalb von 10 Minuten eine Haltestelle erreichen sollen. Das sorgt für mehr Komfort – und ist ein Beitrag zum Klimaschutz.“
Anja Schiemann
Sprecherin für Verkehr



„Der ÖPNV muss nicht nur vom Angebot her attraktiv sein – und das heißt auch in der Fläche, in den Quartieren, die weiter vom Zentrum entfernt sind, gute Angebote machen. Er muss auch preislich attraktiv sein. Wir haben dafür gesorgt, dass auch Familien mit geringem Einkommen sich Mobilität leisten können. Und wir haben ein Ticket aufgelegt, mit dem junge Menschen für einen Euro am Tag den ÖPNV nutzen können.“
Sükrü Senkal



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/verkehr

IN 10 MINUTEN ZUR HALTESTELLE – UND DAS ÜBERALL

In 10 Minuten zur Haltestelle: Das ist das Ziel, das wir als SPD-Fraktion in unserem Konzept zur 10-Minuten-Stadt für Bremen und Bremerhaven formuliert haben. Jede:r Bürger:in soll in einem Umkreis von maximal 500 Metern vom Wohn- und Arbeitsort ein Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs nutzen können. Helfen können dabei als Ergänzung auch sogenannte Ridesharing-Angebote.

Zwei zentrale Ziele sind der Kern unseres Konzeptes zur 10-Minuten-Stadt: Die Menschen sollen zum einen in ihrem direkten Umfeld vieles erreichen können – von Einkaufsmöglichkeiten über Ärzt:innen bis hin zu Kitas, Schulen, Grünflächen und Spielplätzen. Genauso wichtig ist aber eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr – und damit ins Zentrum oder andere Gebiete der Stadt.

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in Bremen und Bremerhaven nicht weiter als 500 Meter von einer Haltestelle entfernt wohnen und arbeiten. Und das ist noch nicht überall der Fall. Das ist nicht nur ein Problem für viele ältere Menschen oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Es ist auch für alle anderen un bequem – und macht den Öffentlichen Nahverkehr unattraktiv. Viele nutzen dann doch eher das Auto, schlicht, weil es einfacher und schneller ist, damit ans Ziel zu kommen.

Damit Bus und Bahn zu einer wirklichen Alternative werden, müssen sie also näher an die Menschen heranrücken. Auch hier muss gelten, dass innerhalb von 10 Minuten

ein Angebot erreichbar sein muss – und das überall in Bremen und Bremerhaven.



Deswegen wird der Senat nun in einem ersten Schritt unter Einbeziehung der Verkehrsunternehmen das Linien- und Haltestellennetz in Bremen und Bremerhaven überprüfen – eine Bestandsaufnahme, um herauszufinden, ob jede:r Bremer:in und jede:r Bremerhavener:in eine Haltestelle in maximal 500 Metern Entfernung zum Wohn- und Arbeitsort vorfindet. In einem zweiten Schritt sollen dann die Bereiche angegangen werden, in denen dies nicht der Fall ist und das Streckennetz entsprechend angepasst und ausgebaut werden. Als Ergänzung dazu sollen auch sogenannte Ridesharing-Angebote als Angebot zwischen klassischem ÖPNV und Taxi geprüft werden.

Denn als SPD-Fraktion sind wir überzeugt: Ein attraktiver Öffentlicher Nahverkehr motiviert mehr Menschen dazu, auf ihr Auto zu verzichten. Das bringt nicht nur mehr Komfort für die Bürger:innen, es leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz – umso mehr, wenn umweltschonende und saubere Fahrzeuge zum Einsatz kommen.



ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR MUSS BEZAHLBAR SEIN POSITIONSPAPIER ZU ELEKTROMOBILITÄT

Der ÖPNV muss nicht nur ein attraktives Angebot machen – er muss auch für jede:n bezahlbar sein. Denn auch dadurch wird er als Alternative zum eigenen Auto interessant. Deswegen haben wir das **StadtTicket** eingeführt: Seit dem 1. Januar 2021 fahren Bremer Schulkinder und Auszubildende aus Familien mit geringem Einkommen mit dem Stadtticket kostenlos, Erwachsene zahlen nur noch 25 Euro im Monat. Deswegen haben wir das **Jugendticket** an den Start gebracht. Schüler:innen, Auszubildende und alle, die sich im Bundesfreiwilligendienst engagieren, können jetzt für 360 Euro im Jahr öffentliche Verkehrsmittel im gesamten Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen nutzen. Deswegen haben wir uns aktiv und mit eigenen Vorschlägen an der Debatte um die **Nachfolge-regelung für das 9-Euro-Ticket** beteiligt.

Elektrofahrzeuge spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Mobilität klimafreundlich aufzustellen. Ihr Anteil steigt stetig. Und nicht zuletzt dürfen ab dem Jahr 2035 keine Neuwagen mehr mit Verbrennungsmotor zugelassen werden.

Um auf diesen Zeitpunkt vorbereitet zu sein und bereits jetzt Anreize für den Umstieg auf ein E-Auto zu setzen, haben wir als SPD-Fraktion in einem Positionspapier zur Ladeinfrastruktur im Land Bremen eine klare Richtung vorgegeben. Für uns ist klar: Die öffentliche Hand muss hier Taktgeber sein und mit den relevanten Akteur:innen eine Strategie erarbeiten. Und ebenso klar ist für uns: Ladepunkte dürfen sich nicht auf das Zentrum konzentrieren, sondern müssen in der Fläche, in den Quartieren gut zu erreichen sein.

IDEEN FÜR DIE INNENSTADT



Illustration: ravens+architekten/Archisurf

Weg von einer reinen Konsumzone, hin zu einer **attraktiven Erlebniswelt**, in der sich die Menschen gerne aufhalten: Das ist unser Ziel für die **Innenstadt**. Gemeinsam mit der Landesorganisation und dem Unterbezirk Bremen-Stadt haben wir als SPD-Fraktion daher ein Positionspapier erarbeitet. Dabei sind wir überzeugt: Eine **Verlegung der Straßenbahn in die Martinstraße** kann einen großen Beitrag dazu leisten, die Aufenthaltsqualität in der City zu erhöhen – wie auch eine Illustration zeigt, die wir in Auftrag gegeben haben. Deswegen haben wir uns entschieden für eine **Machbarkeitsstudie** zur Straßenbahnverlegung eingesetzt, die offenen Fragen klären wird.

Klar ist: Die Innenstadt steht vor großen Herausforderungen, nicht nur durch die Folgen der Corona-Pandemie, die vielen Innenstädten zusetzt. Wir haben den Pandemiefolgen mit einem **Aktionsprogramm Innenstadt** etwas entgegengesetzt.

Und wir wollen nicht nur die Obernstraße attraktiver gestalten, wir befürworten auch die Ansiedlung eines Teils der **Universität im ehemaligen Gebäude der Landesbank** und haben uns dafür stark gemacht, dass die Brebau das **Parkhaus Mitte** kauft, damit auch dort endlich an einer **Weiterentwicklung der Innenstadt** gearbeitet werden kann.



„Wir wollen, dass alle in Bremen und Bremerhaven eine für sie bezahlbare Wohnung finden – in einem attraktiven Umfeld. Deswegen haben wir die Sozialbauquote erhöht. Deswegen unterstützen wir die Quartiere. Deswegen nehmen wir über Vorkaufsrechte Einfluss auf die Entwicklung vor Ort. Und deswegen werden wir aktiv bei der Entwicklung der **Innenstadt**.“

Falk Wagner
Sprecher für Wohnen, Bau und Stadtentwicklung

WOHNRAUM SCHAFFEN – QUARTIERE UNTERSTÜTZEN

Mehr Wohnungen – höhere Sozialquote

Unser Ziel: 10.000 neue Wohneinheiten in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir mit dem **Stadtentwicklungsprogramm Wohnen 2030** einen Instrumentenkasten aufgelegt, damit in allen Segmenten mehr Angebote entstehen: für Singles ebenso wie für Familien und für Senior:innen. Damit auch diejenigen mit kleinem Geldbeutel in Bremen eine bezahlbare Wohnung finden, haben wir die **Sozialbauquote** außerdem von 25 auf 30 Prozent angehoben.

Quartiere unterstützen

Das neue **Landesprogramm „Lebendige Quartiere“** will das Auseinanderdriften der Quartiere verhindern helfen und mittelfristig die Folgen von Armut abmildern. Wir können mithilfe des Landesprogramms besonders wichtige Gemeinschaftseinrichtungen für Stadtteile – nämlich die **Quartierszentren** – absichern, wir können kleinere Gebiete in Förderstrukturen aufnehmen und Quartiere im Werden beim wichtigen Aufbau sozialer Infrastrukturen unterstützen. Damit sichern wir zentrale Orte für Menschen in den Nachbarschaften und ergänzen unser bestehendes erfolgreiches Programm **„Wohnen in Nachbarschaften“**, welches wir zudem ganz erheblich ausgebaut haben. Gezielt unterstützen wir auch das **Blumenthaler Zentrum**. Wir haben es zum

Sanierungsgebiet erklärt und flankieren dies mit Investitionen in Höhe von 21 Millionen Euro.

Einfluss sichern – Vorkaufsrecht nutzen

Wir wollen, dass die Stadt bei Bauvorhaben, die von zentraler Bedeutung für die Quartiere sind, Einfluss auf die Entwicklung nehmen kann. Sie soll ein **Mitspracherecht haben und Spekulationen verhindern** können. Dies haben wir erreicht, indem wir uns das Instrument des Vorkaufsrechts als Option gesichert haben – auf dem **Coca-Cola- und dem Könecke-Areal** in Hemelingen ebenso wie beim **Hachez-Gelände** in der Neustadt.

Schärferes Schwert: Wohnraumschutzgesetz

Wir wollen **verhindern, dass Gebäude leer stehen und verfallen**. Denn zum einen geht hier Wohnraum unnötig verloren, und zum anderen haben verwahrloste Immobilien negative Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Aus diesem Grund haben wir das **Wohnraumschutzgesetz noch einmal nachgeschärft** und dadurch ein noch besseres Instrument in der Hand.

Azubi-Wohnheim kommt!

Als SPD-Fraktion haben wir uns lange dafür eingesetzt, dass in Bremen nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende ein Wohnheim – und damit günstigen Wohnraum – erhalten. Mit Erfolg: **2023 soll das Wohnheim bezugsfertig sein.**



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/stadtentwicklung-bau



Wir setzen uns weiter für Gleichstellung ein: Indem wir für eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit kämpfen oder indem wir Alleinerziehende gezielt fördern. Wir haben Gewalt gegen Frauen einen Aktionsplan entgegengesetzt. Und wir treten für die Rechte von LGBTQIA+ ein! Dazu gehört, dass wir Diskriminierungen beenden und auch gegenüber anderen Ländern klare Kante zeigen und europaweit Zeichen setzen. Und dazu gehört, dass wir Hassverbrechen – gegen queere Menschen genauso wie gegen Frauen – auch als solche erkennen und angemessen bestrafen!“

Antje Grotheer
Sprecherin für Gleichstellung, Justiz, Queerpolitik, Religionsgemeinschaften sowie Bund, Europa und Entwicklungszusammenarbeit



„Wir setzen auf Mitbestimmung vor Ort und wissen, wie wertvoll die Arbeit der Beiräte ist. Deswegen haben wir unsere ‚Stadtteilparlamente‘ während der Corona-Pandemie unterstützt, damit sie weiterhin ihrer Arbeit nachgehen können. Und wir haben neue Beteiligungsformen auf den Weg gebracht, damit auch die gehört werden, die sich nicht immer zu Wort melden.“

Muhammet Tokmak
Sprecher für Beiräte und Bürgerbeteiligung

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Gleichstellung – das ist unser Ziel. Und leider haben wir dieses Ziel noch nicht in allen Bereichen erreicht. Noch immer verdienen Frauen bei gleicher Arbeit weniger als Männer. Noch immer werden Frauen das Ziel von Gewalt und Angriffen. Und auch LGBTQIA+-Personen sind nach wie vor Opfer von Diskriminierung oder sogar Angriffen. Dagegen kämpfen wir!

Gleiche Arbeit – gleiche Bezahlung

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein: Wer die gleiche Arbeit verrichtet, sollte auch das gleiche verdienen. Aber leider ist es häufig immer noch so, dass Frauen in vergleichbaren Positionen deutlich weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Wir haben uns weiterhin dafür stark gemacht, dass sich dies ändert: Indem wir den Senat dabei unterstützt haben, eine Strategie zur Entgeltgleichheit zu erarbeiten, die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede bekämpfen soll. Indem wir uns auf Bundesebene für die Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes einsetzen, das die Rechte von Arbeitnehmer:innen verbessern soll. Und indem wir in der Bürgerschaft eine Studie beschlossen haben, die im Wissenschaftsbereich geschlechtsspezifische Lohnunterschiede ermittelt, damit wir die Ursachen angehen und die Situation verbessern können.

Stopp der Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen – das ist ein Thema, das leider während der Corona-Pandemie noch einmal stärker in den Fokus gerückt ist und zusätzliche Aktualität gewonnen hat. Umso wichtiger ist es, dass wir dagegen kämpfen. Die sogenannte Istanbul-Konvention des Europarates, zu deren Unterzeichnern auch Deutschland gehört, die den Kampf gegen Gewalt gegen Mädchen und Frauen zum Ziel hat, setzt hier klare Ziele. Und in Bremen haben wir einen Landesaktionsplan auf den Weg gebracht, damit diese Ziele schnell und umfassend erreicht werden. Klar ist für uns auch: Morde aus frauenfeindlichen Motiven müssen konsequent und angemessen bestraft werden. Und dies setzt im ersten Schritt voraus, dass sie als das erkannt werden, was sie sind, und nicht verharmlost werden.

Alleinerziehende unterstützen

Wir haben einen Aktionsplan Alleinerziehende auf den Weg gebracht, der mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen dafür sorgen soll, dass sich die berufliche Situation von Alleinerziehenden verbessert. Denn die Quote von Alleinerziehenden, die trotz Erwerbstätigkeit auf Sozialleistungen angewiesen sind oder keinen Schul- oder Berufsabschluss haben, ist erschreckend hoch – und zu einem weit überwiegenden Teil sind es Frauen, die hiervon betroffen sind.

Gleichberechtigung und Schutz für LGBTQIA+

Für uns steht fest: Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Identität diskriminiert werden. Wir wollen auch hier Gleichberechtigung. Und dafür setzen wir uns auch weiterhin ein. Deswegen haben wir in der Bürgerschaft das Land Bremen zum Freiheitsraum für LGBTQIA+-Personen erklärt und sind darin dem Europäischen Parlament gefolgt. Dieser Beschluss ist ein klares Signal und eine deutliche Reaktion auf homo-, queer- und transphobe Entwicklungen in einigen europäischen Ländern. Wir wollen, dass Hasskriminalität gegen queere Menschen besser bekämpft wird. Ein wesentlicher Punkt ist dabei, dass diese Taten in den Statistiken erfasst und sichtbar gemacht werden. Und schließlich setzen wir uns dafür ein, dass jede:r der/die Blut spenden will, auch Blut spenden kann – und lediglich medizinische Gründe oder individuelles Verhalten dies verhindern. Dass Männer, die Sex mit Männern haben, generell für 12 Monate von einer Blutspende zurückgestellt werden und Transmenschen in der entsprechenden Richtlinie explizit als solche genannt werden, ist nicht mehr zeitgemäß. Und es ist eine Diskriminierung, die dringend beendet werden muss!

BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT VOR ORT STÄRKEN!

Wir wissen, wie wichtig Beteiligung und Engagement vor Ort sind. Deswegen unterstützen wir unsere Beiräte, wir unterstützen ehrenamtliches Engagement – und wir entwickeln neue Beteiligungsformen.

In der Corona-Pandemie galt unsere Unterstützung daher auch den Beiräten, denn auch sie waren von den Einschränkungen in ihrer Arbeit betroffen. So haben wir die Möglichkeit geschaffen, die Öffentlichkeit über Videoschalten herzustellen – damit die „Stadtteilparlamente“ auch unter den Bedingungen der Kontaktbeschränkungen ihre wichtige Arbeit fortsetzen und dabei auch die Menschen vor Ort mit einbeziehen können. Die dabei gemachten Erfahrungen werden in eine Neufassung des Beiräteortsgesetzes einfließen.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Grundlage einer lebendigen und

widerstandsfähigen Demokratie. Davon sind wir überzeugt. Daher haben wir uns in den Haushaltsberatungen erfolgreich dafür eingesetzt, Geld in eine konkrete Ehrenamtsstrategie zu investieren. Und daher haben wir während der Pandemie Vereine, Menschen und Organisationen unterstützt – und etwa einen Unterstützungsfonds für Vereine ins Leben gerufen, die unter den Folgen der Einschränkungen litten.

Wir wollen die Menschen noch besser an Entscheidungen beteiligen. Deswegen haben wir das Einbringen von Bürger:innenanträgen erleichtert. Und deshalb haben wir Bürger:innenforen geschaffen. Diese sollen sich als Ergänzung zu den bereits bestehenden Formaten und Gremien zukünftig mit konkreten Fragestellungen befassen. Damit wollen wir Menschen am politischen Willensbildungsprozess teilhaben lassen – vor allem die, die sich bislang nicht darin engagieren.

MEHR KULTUR – ÜBERALL UND FÜR ALLE

Vorhang auf für Kultur: Das wollen wir überall in Bremen und Bremerhaven und in allen Kulturbereichen! Deswegen haben wir den Kulturhaushalt ab dem Jahr 2020 um 10 Millionen Euro aufgestockt. Deswegen haben wir gezielt Kultureinrichtungen in den Quartieren und abseits des Stadtzentrums gestärkt. Und deswegen haben wir Künstler:innen und Einrichtungen während der Corona-Pandemie unterstützt.

Mehr Geld für Kultur vor Ort in Bremen

Von den zusätzlichen 10 Millionen Euro im Kulturhaushalt profitieren die Museen ebenso wie die Kulturschaffenden – besonders der freien Szene. Es profitieren aber insbesondere auch die Quartiere! So haben wir die Bürgerhäuser mit 191.000 Euro zusätzlich pro Jahr bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt. Wir haben Einrichtungen wie den Schlachthof oder das Kulturbüro Bremen-Nord – auch um die Kultur im Bremer Norden besser zu vernetzen – finanziell bessergestellt. Und in den Haushaltsberatungen haben wir uns noch einmal zusätzlich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Stadtteilkulturbudget steigt und zusätzliches Geld für die bessere Ausstattung von kleineren Kultureinrichtungen und Projekten sowie der Bürgerhäuser eingesetzt.

Mehr Geld für Kultur in Bremerhaven

Wir haben uns in den Haushaltsberatungen gezielt dafür eingesetzt, die Kultur in Bremerhaven zu stärken. Mit Erfolg: Wir haben am Jungen Theater Bremerhaven zusätzlich zwei Stellen für Schauspieler:innen und eine für Theaterpädagogik geschaffen und erhalten. Den Kunstverein Bremerhaven haben wir im Jahr 2020 mit 400.000 Euro unterstützt. Und das Philharmonische Orchester Bremerhaven hat die Mittel erhalten, um eine musikpädagogische Stelle zu schaffen.

Geld für einen zusätzlichen Bibliotheksbus

Der Bibliotheksbus bringt das Angebot der Stadtbibliothek direkt in die Quartiere. Er ist ein Musterbeispiel dafür, Kultur dorthin zu bringen, wo die Menschen leben. Deswegen wollen wir dieses Angebot ausweiten und haben in der Bürgerschaft beschlossen, dass ein zweiter Bus angeschafft werden soll. Dieser soll ein wenig kleiner ausfallen, weil das bisherige Modell aufgrund seiner Größe nicht alle Schulhöfe anfahren kann. Denn unser Ziel ist klar: Wir wollen nicht nur, dass Quartiere häufiger angefahren werden können als bislang, wir wollen auch, dass alle Quartiere angefahren werden können.

Geld in der Corona-Notlage

Die Kulturlandschaft war besonders von den Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus betroffen. Deswegen haben wir sie auch besonders unterstützt: mit einem Stipendienprogramm für freischaffende Künstler:innen, finanzieller Hilfe privater, nicht institutionell geförderter kultureller Einrichtungen in fortgesetzter Notlage oder auch der Unterstützung des Neustarts nach der Schließung.



KOLONIALZEIT AUFARBEITEN – ARTEFAKTE ZURÜCKFÜHREN

Die Epoche des Kolonialismus gehört zweifellos zu den verbrecherischsten Abschnitten der deutschen Geschichte. Und im Zuge der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien gab es auch einen breit angelegten Abtransport künstlerischer und kultureller Artefakte.

Dieses Thema hat uns daher in der vergangenen Jahren immer wieder beschäftigt. So haben wir in der Bürgerschaft beschlossen, dass das Bremer Erinnerungskonzept Kolonialismus fortgeschrieben und intensiviert wird. Vorgesehen ist unter anderem die Identifizierung und Umbenennung von Straßen mit kolonialem Bezug, die Verankerung des Kolonialismus im Geschichtsunterricht oder auch die Verankerung der Bereiche Kolonialismus und Rassismus in der Lehramtsausbildung.

Bremen soll sich zudem stärker dafür engagieren, dass geraubte Kulturgüter aus kolonialen Kontexten an die Herkunftsgesellschaften und -staaten zurückgegeben werden. Dazu soll die diesbezügliche Forschung unter Einbeziehung von Vertreter:innen der Herkunftsgesellschaften weiter vorangetrieben werden und die Ergebnisse an eine zuständige Kontaktstelle auf Bundesebene weitergegeben werden. Dieses Vorhaben haben wir in den Haushaltsberatungen auch



Foto: Übersee-Museum Bremen, Volker Beinhorn

Ndzodo Awono betrieb Provenienzforschung im Schaumagazin des Übersee-Museums. Zu diesem Zweck erhält die Einrichtung zusätzliche finanzielle Mittel.

finanziell zusätzlich unterfüttert. Für ein entsprechendes Forschungsprojekt haben wir im Haushalt 2022/2023 100.000 Euro bereitgestellt. Und das Überseemuseum, das sich in diesem Bereich bereits stark engagiert erhält in diesem Zeitraum zudem 20.000 Euro zusätzlich pro Jahr, um seine Bestände zum Zweck der Restitution weiter zu erforschen. Denn für uns ist klar: Es geht dabei nicht nur darum, dass Kunstwerke wieder in die Länder zurückkehren, aus denen sie geraubt wurden. Es geht auch um Gerechtigkeit.

„Kultur ist uns wichtig. Deswegen haben wir den Kulturretat deutlich aufgestockt. Davon haben insbesondere die Quartiere profitiert. Denn wir wollen, dass die Menschen überall solche Angebote vorfinden – dort, wo sie leben. Als weiteren Schwerpunkt haben wir die weitere Aufarbeitung der kolonialen Geschichte Bremens auf den Weg gebracht – und sind wichtige Schritte vorangekommen.“
Elombo Bolayela
Sprecher für Kultur



Mehr zum Thema unter www.spd-fraktion-bremen.de/kultur



„Die Sportvereine leisten in den Quartieren einen unverzichtbaren Beitrag für Gesundheit und sozialen Zusammenhalt. Deswegen haben wir sie bei den Schwierigkeiten während der Corona-Pandemie unterstützt. Und deshalb fördern wir neue Übungsleiter. Damit alle Kinder schwimmen können, haben wir zudem Programme aufgelegt – und den Eintritt in Freibäder für alle unter 16 auf einen Euro abgesenkt.“

Eva Quante-Brandt
Sprecherin für Sport

ALLE KINDER SOLLEN SCHWIMMEN KÖNNEN!

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven schwimmen können. Deswegen haben wir den Eintritt in den Freibädern für alle unter 16 Jahren auf 1 Euro abgesenkt. Und deswegen haben wir Vereine und Initiativen finanziell unterstützt, die Kindern das Schwimmen beibringen.

Tragische Badeunfälle zeigen es immer wieder: Es ist lebenswichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen Schwimmen lernen. Und um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in den vergangenen Jahren ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen.

So haben wir den Sportvereinen mehr Geld für die Nutzung von Bahnen in den Bremer Bädern bereitgestellt, sodass das Angebot ausgeweitet werden kann. In den Haushaltsberatungen haben wir zudem durchgesetzt, dass der Verein „Schwimm mit“ Geld für sein mobiles Schwimmangebot erhält. Auch das Projekt „Kids in die Bäder“ erhielt als Ergänzung zu den privaten Spenden zusätzliche öffentliche Mittel, damit die Anträge dort schneller bearbeitet werden können. Dies alles leistet einen wichtigen Beitrag zur Schwimmfähig-



keit der Kinder in Bremen und Bremerhaven.

Wir wollen aber nicht nur, dass alle Kinder und Jugendlichen Schwimmen können, wir wollen auch, dass sie mit ihren Familien oder ihren Freunden Freibäder besuchen können – und das unabhängig vom

Geldbeutel. Deswegen haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Eintritt in die Freibäder für alle unter 16 Jahren auf 1 Euro abgesenkt wird – damit es sich jede:r leisten kann, sich im Sommer im Schwimmbad abzukühlen oder einfach nur Zeit mit Freunden und Familie zu verbringen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR SPORTVEREINE

Die Sportvereine leisten in den Quartieren eine unschätzbare wichtige Arbeit für die Gesundheit und das soziale Miteinander. Deswegen haben wir sie auch in den vergangenen Jahren unterstützt:

Klare Perspektive: Wir haben den Aktionsplan Sport auf den Weg gebracht, mit dem klaren Ziel, den Breiten- wie den Leistungssport im Land Bremen besser zu fördern.

Finanzielle Unterstützung: Wir haben die Sportfördermittel ab 2020 deutlich aufgestockt. Darüber hinaus haben wir den Sportbereich, der von Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in besonderem Maße betroffen war, auch besonders unterstützt und die Vereine bei finanziellen Verlusten abgesichert.

Förderung von Übungsleiter:innen: Sportvereine sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Und wir unterstützen dieses Engagement. Dazu haben wir zum einen die Übungsleiter:innenpauschale angehoben. Zum anderen haben wir das Geld bereitgestellt, um den Erwerb von 100 sogenannten C-Lizenzen zu fördern. Mit dieser Lizenz erhalten Ehrenamtliche eine Qualifikation als Übungsleiter:in – und durch die Förderung können wir die Vereine dabei unterstützen neue Übungsleiter:innen zu gewinnen.

Kids in die Clubs: Ob man im Verein Sport treiben, etwas für seine Gesundheit tun und das soziale Miteinander erleben kann, darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Programm „Kids in Clubs“ öffentliche Mittel erhält. Aus diesem Programm werden Vereinsmitgliedschaften von Kindern und Jugendlichen bezahlt, deren Eltern wenig Geld haben, die aber keine Leistungen aus dem Bundesteilhabepaket erhalten.

LED-FLUTLICHTER FÜR ALLE ANLAGEN

Umweltfreundlichere und günstigere Beleuchtung für die Sportplätze in Bremen und Bremerhaven: Mit 2,2 Millionen Euro aus dem Handlungsfeld Klimaschutz haben wir im Jahr 2021 dafür gesorgt, dass alle 219 Flutlichtmasten auf den 55 öffentlichen Sportplätzen in Bremen und Bremerhaven auf LED umgerüstet werden können.

Diese LED-Flutlichter halten nicht nur länger und lassen sich besser steuern. Durch ihren Einsatz sparen die Vereine auch deutlich Energie ein. Und das ist nicht nur gut für das Klima, das bedeutet für die Vereine vor allem auch eine deutliche Ersparnis bei den Energiekosten – umso mehr, nachdem die Energiekosten in den vergangenen Monaten in Folge von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine dramatisch angestiegen sind.



Mehr zum Thema unter
www.spd-fraktion-bremen.de/sport

DIE LEGISLATUR IN BILDERN: EIN RÜCKBLICK AUF VIER BEWEGTE JAHRE



FRAKTION VOR ORT

...UND IM NETZ

Die SPD-Fraktion will ansprechbar sein. Deswegen hat sie in der Zeit der Corona-Pandemie eine regelmäßige telefonische Sprechstunde eingerichtet, in der die Abgeordneten den Bürger:innen Rede und Antwort stehen und ein offenes Ohr für Anregungen oder Probleme haben. Ansprechbar ist die SPD-Fraktion aber auch vor Ort: Mit dem Roten Bus, der überall in den Stadtteilen Station macht.



Und mit Abgeordnetenbüros als feste Anlaufstellen, wo die Abgeordneten in regelmäßigen Sprechstunden für Gespräche zur Verfügung stehen. Die Termine finden sich hier:

www.spd-fraktion-bremen.de/fraktion-vor-ort

Auch im Netz ist die SPD-Fraktion vertreten: Auf unserer Website stellen wir unsere Abgeordneten vor, und es finden sich unsere Topthemen, sämtliche politische Initiativen, unsere aktuellen Termine und unsere Publikationen.

www.spd-fraktion-bremen.de



Seit dem Frühjahr 2022 ist die SPD-Fraktion auch auf Instagram präsent. Dort finden sich aktuelle Bilder und Videos von unserer Arbeit, von Veranstaltungen oder zu unseren Parlamentsinitiativen.

<https://www.instagram.com/spdfraktionhb>



Auch auf Facebook und Twitter sind wir zu finden. Dort posten wir nicht nur tagesaktuelle Informationen, Berichte aus den Sitzungen der Bürgerschaft und dem Alltag der SPD-Fraktion, sondern zum Beispiel auch Statements unserer Abgeordneten.

www.facebook.com/spd.fraktion.bremen

www.twitter.com/spdfraktionhb



Egal ob digital oder im „echten Leben“: Wir freuen uns auf Ihren Besuch und Ihre Anregungen!



IMPRESSUM

**SPD-Bürgerschaftsfraktion
Land Bremen**
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen
T. 0421.336770 / F. 0421.3367754
www.spd-fraktion-bremen.de

Ausgabe Nr.1/2023

V.i.S.d.P.: Andreas Reißig
Redaktion: Matthias Lüdecke,
Anja Wichtill, Lennart Wille

Druck: Berlin Druck / Achim

ClimatePartner
Klimaneutral

Druck | 10 12345 1012-1000

